

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

89 (17.4.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 3/4 Zustellgebühr; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M., ohne Abhol- u. Bestellgebühr, monatlich. Einzelheft 20 3/4. Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 1/2 8—1/2 11 und 2—1/2 6 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 60 S., auswärts 70 S. Die 2spaltige 2.50 M. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Annahmeschluss 1/2 9 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Seid auf der Hut! Parteienossen!

Die Reaktion gibt ihr Spiel noch immer nicht verloren. Ihr dreistes Auftreten beweist es. Gerüchte von neuen militaristischen Unternehmungen gegen das Volk durchschwirren das Land. Wir wollen uns durch sie nicht schrecken, noch weniger aber uns von den Taktiken überrumpeln lassen. Die Stunde fordert Kaltblütigkeit, Disziplin, Wachsamkeit!! Wir fordern die Genossen und Genossinnen auf, die weitere Entwicklung der Dinge aufs schärfste zu beobachten und alle zweckdienlichen Mitteilungen über neue gegenrevolutionäre Umtriebe an uns gelangen zu lassen.

Die Sozialdemokratische Partei steht treu zu allen Verteidigern der Republik, sie ist entschlossen, ihre schützende Hand über sie zu halten und ihnen die volle Anerkennung der Verdienste zu sichern, die sie sich an Volke erworben.

Die Sozialdemokratische Partei wird zugleich ihre ganze Macht einsetzen, um jedes neue Verbrechen gegen die Republik im Keime zu ersticken und seine Urheber unerbittlicher Bestrafung entgegenzuführen.

In wenigen Wochen soll gewählt werden. Das Volk wird sprechen. Aber sollte irgendwer den Versuch machen, seine ruhige, verfassungsmäßige Entwicklung noch einmal zu führen und seinen Willen gewaltsam zu unterbinden, dann wird es handeln!

Genossinnen und Genossen, laßt Euch nicht von unbesonnenen Alarmierungen, aber auch nicht von einschläfernden! Seid wach und bereit!

Der Vorstand

der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Eine merkwürdige Sitzung im Reichswehrministerium.

16. April. Das Reichswehrministerium teilt mit: Bei der Reichsregierung liegen gestern am späten Nachmittag Nachrichten ein über eine Zusammenkunft, die im Reichswehrministerium um 8 Uhr abends stattfinden sollte zwischen namentlich genannten Offizieren, die größtenteils dem Reichswehrtrouppenkommando I angehören, und radikal gesinnten Arbeiterführern. Die militärischen Teilnehmer an dieser Sitzung wurden durch ausführliche Angaben erheblich belastet. Die Sitzung hat tatsächlich um 8 Uhr abends im Dienstsaal des Hauptmanns Viebahn stattgefunden. Es haben daran teilgenommen die Hauptleute Viebahn und Bohnstedt, Kapitänleutnant Altmeyer und Leutnant v. Diebahn, ferner ein Zivilingenieur namens Mader (unbekannt, kürzlich aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrt), sowie die Herren Bertan (unbekannt) und Kahler (nach seinen Angaben Obermann aus Großschellheim). Der Reichswehrminister ließ bald nach 8 Uhr die Sitzung aufheben und hat dann persönlich noch im Laufe der Nacht die Teilnehmer einzeln vernommen. Er hat alsdann angeordnet, daß sie mit Ausnahme des Hauptmanns Bohnstedt, der nur einem Dienstbefehl zufolge an der Sitzung teilnahm, bis zur weiteren Klärung der Angelegenheit im Holzgeräbepark in Berlin in Schutzhaft zu halten sind.

Berlin, 16. April. Die Abendblätter teilen mit, daß die Verhandlungen im Reichswehrministerium eine harmlose Aufklärung finden werden, doch dauern die Vernehmungen der Beteiligten noch fort.

Die Polen und die strangulierung Deutschlands.

16. April. Die Agence Havas berichtet, daß die polnische Regierung dem französischen Geschäftsträger in Warschau mitteilte, sie billige durchaus die Besetzung der deutschen Städte am Main, da auch Polen wie Frankreich die restlose Durchführung des Versailles-Vertrages verlangen müsse.

Brutales Auftreten der Franzosen in Oberschlesien.

17. April. Der durch die internationale Kommission verhängte verschärfte Belagerungsstand, der das Auftreten der Straßen nach 9 Uhr abends verbietet, führte am Donnerstagabend zu zahlreichen Verhaftungen von Einwohnern durch die Besatzungstruppen. Unter den Verhafteten befinden sich auch Arbeiter der städtischen Betriebswerke, die von der Arbeit kamen und mit Reittreibern und Kolben nach ihrer Verhaftung mißhandelt wurden. Demzufolge traten gestern die Arbeiter des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes in den Streik, wobei Appell seit gestern nachmittags ohne Licht und Wasser ist. Der Streik soll durchgeführt werden, wenn die Forderung der Arbeiterschaft nicht von der internationalen Kommission erfüllt wird. Zuverlässigen Nachrichten zufolge wandte sich die polnische Berufsvereinigung der Arbeiterschaft in Oberschlesien von der forsanthischen Richtung ab und geht mit den deutschen Gewerkschaften. Sie mißbilligt das Vorgehen der französischen Truppen. Der Ausbruch des Streiks im ganzen ober-schlesischen Industriegebiet ist nur eine Frage der Zeit.

17. April. Ober-schlesische Blätter zufolge war heute auf mehreren ober-schlesischen Gruben angedeutet, daß die internationale Kommission in Dypeln das Betriebsrätegesetz für Oberschlesien nicht auflose.

Kapp in Schweden festgenommen.

16. April. Nach einer Meldung der „Afton Tidningen“ ist Kapp im Badhotel Soedertelje angehalten worden. Er war mit einem Flugzeug nach Schweden gekommen, das ihn auf Skonen landete, von wo er seine Weiterreise in nördlicher Richtung nach Stockholm fortsetzte. Seitens des Hotels wird mitgeteilt, daß Kapp am Mittwochabend in Stockholm eintraf und in einem Hotel unter dem Namen Dr. von Rantz auf der Reise von Deutschland über Malmoe Wohnung nahm. Als die Polizei in Soedertelje den Paß des Dr. Kapp untersuchte, stellte sie heraus, daß er gefälscht war, weshalb Dr. Kapp festgenommen wurde. Während des Verhörs gab er sich zu erkennen und wurde dann abends im Automobil nach Stockholm gebracht, wo er durch die Kriminalabteilung einem Verhör unterzogen wurde. Die Polizei will sich jedoch nicht über das Ergebnis aussprechen. In der Nacht mußte Dr. Kapp in der Kriminalpolizei verbleiben. Der Polizeimeister kann sich noch nicht darüber äußern, in wie weit eine Einlieferung ins Gefängnis oder Auslieferung stattfinden werde.

Die Verhandlungen im Holzgewerbe gescheitert.

Am 15. und 16. April fanden Zentralverhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe und dem deutschen Holzarbeiterverband über die von diesem gestellten Forderungen auf Bewilligung einer Teuerungszulage statt. Die Verhandlungen scheiterten, wie der „Vorwärts“ berichtet.

Generalstreik in Italien.

16. April. Nach den Mäthern dehnt sich der Generalstreik in Turin nunmehr auch auf die Provinz aus. Der Eisenbahnverkehr konnte bisher noch in beschränktem Umfang aufrecht erhalten werden. Der Postverkehr ist unterbrochen. Die Industriearbeiter wollen den Kampf bis zum Neujahr führen. Der Streik soll bis auf Mailand ausgedehnt werden, wo die Arbeiter mit den Turiner Arbeitern sympathisieren. Zwischenfälle kamen in Turin nicht vor. Die öffentlichen Betriebe arbeiten. Die Mäther erscheinen nicht und die Theater sind geschlossen.

Internationale Regelung der sozialen Gesetze.

16. April. Der ehemalige Minister Albert Thomas, jetzt Sekretär des Arbeitsamtes des Völkerbundes und der Präsident der internationalen Arbeiterkonferenz, Fontaine, hatten hier eine Besprechung mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Durchführung der im Friedensvertrag vorgesehenen internationalen Regelung der Arbeitsgesetze und der Arbeiterversicherungsgeetze. Von den Arbeitern wurde die restlose Einführung auch der nach der Besetzung in Deutschland in Kraft getretenen sozialen Gesetze an der Saar gefordert. Die Vertreter des Arbeitsamtes sollen beschließen, auch mit der reichsdeutschen Arbeiterschaft demnächst Fühlung zu nehmen.

Die neuen Brotpreise.

16. April. Im laufenden Haushaltsjahre 1919/20 sind 7 1/2 Milliarden Mark für Verbilligung der eingeführten Lebensmittel — in der Hauptsache der zur Aufrechterhaltung der Grundration erforderlichen Waren — aufgewandt worden. Für etwa 2 Monate sind wir für die Vorratserhaltung der versorgungsberechtigten Bevölkerung auf die Auslandszuzufuhren angewiesen. Die für deren Verbilligung erforderlichen hohen Summen können bei der ungenügenden Finanzlage des Reiches für den neuen Reichshaushalt im bisherigen Umfang nicht bereit gestellt werden; jedoch werden durch einen demnächst einzuberufenden Parlament mehrere Milliarden Mark für Fortführung der gesamten Verbilligungsaktion angefordert werden. Da jedoch der Vollbetrag der Ausgaben auf diesem Wege nicht gedeckt werden kann, wird auf Beschluß des Reichsrates und des 6. Ausschusses der Nationalversammlung der Reichsgetreidestelle mit Wirkung vom 8. Mai von 102 M. auf 204 M. für einen Doppeltariff heraufgesetzt.

Der Brotpreis muß infolgedessen leider erhöht werden, beispielsweise für Berlin von 2,65 auf 3,85 M. Der Umfang der auch bei diesen Preisen noch erheblichen Verbilligung läßt sich daraus ersehen, daß der Preis für 1 Kilo aus ausländischem Getreide ermahlenen Mehles bei heutigem Marktstande nicht unter 7,75 M., der Preis für ein aus diesem Mehl hergestelltes 1900 Gramm-Brot nicht unter 12,20 M. betragen könnte. Auch in Zukunft wird demnach der Reichszusatz für das Brot sehr erheblich sein.

Die Adlon Affäre vor Gericht.

16. April. Vor der 6. Strafkammer des Landgerichts 1 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Baumkuch, des Vorsitzenden aus dem Graberger-Prozess, kam heute die bekannte Adlon-Affäre zur Verhandlung. Die Anklage lautet auf versuchte Nötigung und Körperverletzung und richtet sich gegen: 1. den 44-jährigen Prinzen Joachim Albrecht, 2. den 47-jährigen Rittermeister Hubert v. Platen und 3. den 29-jährigen Prinzen Gottfried v. Sohenlohe-Langenburg.

Es handelt sich um den bekannten Skandal der sich am Abend des 6. März in dem Speiseaal des Adlon-Hotels auf der sogenannten Terrasse abgespielt hatte. — Von den Angeklagten, die von den Justizräten Bronker und Schodzieuner verteidigt werden, wird bestritten, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben, obwohl von den Belastungszeugen, darunter der durch seinen vor Jahren verhandelten Betrugsprozeß bekannten Grafen Metternich das Gegenteil behauptet wird.

Prinz Joachim Albrecht von Preußen wurde wegen versuchter Nötigung zu 500 M. Geldstrafe, Rittermeister von Platen ebenfalls wegen versuchter Nötigung mit 300 M. Geldstrafe und Prinz Gottfried von Sohenlohe-Langenburg wegen Körperverletzung zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt.

Höchste Alarmbereitschaft und Wachsamkeit.

Wir wissen es und haben es hier auch schon scharf betont: der mißlungene Kapp-Putsch war zwar eine schwere Niederlage für die Staatsfeinde und Militaristen, aber sie waren nur einen Augenblick betäubt, endgültig niedergeworfen sind sie nicht.

Die schwere Aufgabe, die Reaktion völlig niederzurücken, steht dem deutschen Volke noch bevor. Ihre Lösung kann sich zu einem Ringen auf Tod und Leben in physischer und sozialer Beziehung gestalten.

Kann, aber es muß nicht sein. Von der prompten Durchführung der Alarmbereitschaft, von der gewissenhaften Wachsamkeit, von der Opferbereitschaft und unermüdblichen Pflichterfüllung sowohl der sozialistischen Arbeiterschaft wie aller demokratisch gesinnten Bevölkerungskreise wird die Schwere, der Umfang, die Folgen und der Ausgang dieses kampfhaften Ringens abhängen.

Laueheit, Bequemlichkeit, Pflichtvergessenheit und die nicht minder gefährliche Art, der Leidenschaft statt der ruhigen und zielstrebigen Ueberlegung zu folgen, die Ueberspannung von Wünschen und Forderungen, die Radesucht, auf scheinbar radikale Schlagworte zu hören, sie können, nein, sie werden tödlich für die Arbeiterschaft und die Freiheit sein, sie werden den Sieg der Reaktion erleichtern oder gar erst ermöglichen.

Der Sieg der militaristisch-monarchistischen Reaktion heißt, daß der weiße Schrecken durch die deutschen Gasse wüthet. Zerbrochen würden die Volkrechte, zertreten die Demokratie, gemischt die unter ungeheuren Opfern geschaffenen Einrichtungen und Organisationen der sozialistischen Arbeiterschaft. Sozialisten hätten keine Gnade, Demokraten keine Schonung zu erwarten.

Die militaristisch-monarchistisch-reaktionäre ostelbische Bestie lechzt nach Demokraten- und Sozialistenblut. Sie würde es in Wollust in Strömen vergießen. Sie schreit vor keiner Schandtat zurück, wie sie auch kein Gewissen kennt.

Was sind ihr Vaterland, Volk und Volkswohlthät! Rächerliche Tränen der Schwärmer, die sie verladen. Sie haben das Reich ins Unglück, das Volk in namenloses Elend gestürzt. Und mit der Frechheit zweier Jahrhunderte ausgesteuert, treten sie zum Zwecke des Volksbetrugs als die „Freunde“ des Volkes und des Landes auf.

Sie sehen das deutsche Volk in tiefster Not, in die es der jahrelange Massenmord naturgemäß stürzen mußte. Sie sehen und wissen, daß die grauenhaften Wirkungen der barbarischen Hungerblockade große Teile des deutschen Volkes physisch und psychisch gemürbt haben.

Sie flehen trotzdem täglich den totkranken Körper eines niedergeborenen Volkes. Sie sehen und wissen, daß die scharfen Krallen des rachsüchtigen gallischen Siegers sich immer wieder in den fiebernden Leib des deutschen Volkes bohren; sie arbeiten trotzdem an dem Werke der Zerstörung mit.

Sie wissen, daß wir nahe vor dem brutalen Hunger stehen, sie peitschen in den ostelbischen Gefilden die Erzeuger der Nahrungsmittel auf, die Städte anzuzuhungern, die proletarischen Volksmassen durch die massen- und menschenüberbürdende Zerkleinerung Hungerblockade niederzuzwingen.

Sie wissen, daß das deutsche Wirtschaftsleben feuchend daruntersinkt, lebensmögliche und lebensnotwendige Bewegungsfreiheit und Kraft zu erlangen, sie kürzen in verbrecherischer Absicht und in verbündetem Wahnsinn das Reich von einer inneren Krise in die andere.

Die militaristisch-monarchistisch-reaktionären Kreise und Verschwörer versuchen absichtlich und systematisch, das heutige Deutschland, nämlich das republikanische und demokratische Deutschland zugrunde zu richten.

Und warum? Ist das nur Verblendung? O, nein! Sie haben instinktiv erkannt, daß dem demokratischen Gedanken innerhalb der republikanischen Staatsform eine gewaltige schöpferische Lebens- und Gestaltungskraft inne wohnt.

Sie wissen und sie fürchten, daß das junge republikanische und demokratische Deutschland sich bald einigermaßen erholen und dann festen und sicheren Schritten einer besseren Zukunft entgegen schreiten wird, wenn es nur erst einmal Ruhe bekommt, seine Kräfte erfolgreich dem Aufbau statt wie bisher, der Abwehr tödlicher Gefahren von außen, wie auch im Innern von rechts und links widmen kann.

Und sie wissen: dann ist es endgültig vorbei mit den Zeiten, wo das Volk unter dem Stiefel militaristischer Gewaltthäter, unter dem Joche einer brutalen Entrechtung und schändlichen Beherrschung weiter zu leiden hat.

Dann ist es aber auch vorbei mit dem bequemen Parasitendasein privilegierter genießerischer Schichten.

Und darum haben sie das neue Deutschland! Und darum sind sie bereit, es zu opfern. Die ostelbischen Reaktionäre opfern lieber das deutsche Reich, sie lassen lieber die deutschen Volksmassen im Elend dahin vegetieren, ehe sie sich gutwillig unterordnen unter die Bedingungen, die der Allgemeinheit zum Wohle dienen, ehe sie sich einordnen in eine Staatsordnung, die keine Privilegien, dafür aber gleiche Bürgerrechte kennt, aus denen auch gleiche Pflichten entspringen.

Und darum nutzen sie das materielle und moralische Elend aus, das der Krieg mit feuchdenariger Gewalt über das Land und das Volk gebracht hat.

Seite 6.
verein
5.
lieder die
schrift tum-
men abzu-
zahlte An-
namen wer-
ermöglichen.
8967
Vorhand.
IUM
Ihre
gensände
steuern
ium)
billhaft im
Geschäft
berger
Ros.-Kino)
r und Frau,
uer Waren
wagen
ehlt 2976
Auswahl
a Preisen
ESS,
sso 123.
und
f.
Karlsruhe
287
amerläger
Berr's
ikalmittel
ntl. Vertilg
ung.
Doppel-
Fischers,
str. 24.
verlangen.
en
Benen Staff
eden ange-
er Blumen-
ndan, 2. St.
terstraße.
Krafft.
f von
Löbel
ohne Kauf-
wunsch.
auch,
Dreherstr. 3.
gen.
von Büch-
lge, und
952
ull, Burr,
L. Grieb,
ffel Gmtl.
18.
Familien
Familien
erden 12.
1 1/2 Fund
stadt.
ag.
und B
D. E. I
und H
und K.
nd. Preis
beredigt
wffeln pro
Mt.
nthalte der
im Stadt
954
dt.
in Eingang
bei unjener
er Angab
eingeschr
und 50 Mt.
951
dt.

Sie wissen, diese Staatsstreicher, Gewaltpolitiker und ...

Trotzdem bringen sie es fertig, in skrupellosem Zynismus, die Demokratie und die Republik für das verantwortlich machen zu wollen, was gerade sie zum großen Teil verschuldet haben.

Das wahnsinnige Gebot der Entente hat uns ein Soldatenheer aufgezwungen, aus dem die Militaristen durch ein vaterlandsloses und hochverräterisches Treiben eine Prätorianergarde zu machen unaußersächlich tätig sind.

Sie ziehen in „Eisernen Divisionen“ und ähnlichen Ge- stalten die übelsten Elemente zusammen, Illustrier aller Dienstgrade.

Sie wühlen innerhalb der Beamtenchaft, versuchen, die Beamten zur passiven Resistenz gegen den neuen Staat zu gewinnen. Und sie haben, vornehmlich im Norden Deutschlands, dort wo der ostelbische Geist Ergeisse feiert, auch schon erheblichen Erfolg erzielt.

Sie organisieren in den Landbünden die Agrarier, nicht etwa in erster Linie zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen, zur Zusammenfassung aller Kräfte, um bald aus der Not und dem Elend herauszukommen, sondern sie organisieren Stoßtrupps und Sturmhaufen gegen die Demokratie und gegen die neue Staatsform.

Seit einigen Tagen durchdringen abermals Marschrufe die deutschen Gane.

Der sozialdemokratische Parteivorstand sieht sich genötigt, durch die ihm bekannt gewordenen Tatsachen gezwungen, die Arbeiterschaft zur Alarmbereitschaft und höchsten Wachsamkeit

aufzurufen. Und zwar mit gutem Grunde.

Es ist Gefahr im Verzuge — täusche sich niemand darüber! Noch sitzen in der Reichswehr eine Unmenge reaktionärer Offiziere und höherer Führer, die im allgemeinen die von ihnen geführten Truppen in der Hand haben.

Die rascheste Beseitigung dieser für die Ordnung und den Aufbau so gefährlichen Elemente ist leider nicht möglich. Daran ändern gonnige Urteile und heiße Wünsche nichts.

Es ist die furchtbare Schuld der Kommunisten und eines großen Teils der Unabhängigen, daß wiederum auf die Reichswehr zurückgegriffen werden mußte, um dem Chaos zu steuern, das vom Ruhrgebiet aus Deutschland zu geträumtem Prolet. Das gewalttätige und verblendete sogenannte „Weiterstreben der Revolution“, so wie es kommunistische und unabhängige Kreise verstehen und praktizieren, dieser verderbliche Mangel an Maßhalten, sie haben uns abermals wieder in die gottverdammte Lage gebracht, daß die auch von reaktionären Offizieren geführten Reichswehrformationen in Aktion treten mußten. Leider: mußten! Denn schließlich haben selbst Unabhängige nach den Truppen gesucht, nachdem ihnen eine aufgehekte, aber politisch völlig ungeschulte Masse aus den Fingern geblitten war.

Das hat den Militaristen und Reaktionären neuen Mut gegeben.

Und was allgemein politisch so schädlich, in der Gegenwart aber auch gefährlich dabei ist, ist die Erscheinung, daß Volkskreise, die sonst demokratisch und freisinnig denken, schließlich zu der Auffassung zurückkehren, es müsse eben doch eine rüchichtslos schaltende Militärmacht vorhanden sein, sonst rennen rabiate Massen alles über den Haufen. Die Reaktionäre stärken und fördern naturgemäß diese Anschauung, wobei der Zweck ihnen alle Mittel heiligt.

So arbeiten sie sich in die Hände, die Staatsstreicher von rechts und die Futtschiffen von links. Diejenigen, die die militärisch-autokratische Zwangsherrschaft wieder aufrichten wollen, sie sind die Angewandten der Diktatur des Proletariats und umgekehrt.

Und bei den Aktionen von rechts oder links tritt schließlich mit entscheidend das Gesindel in Erscheinung, das politisch gar nicht denkt und mit keiner der beiden Richtungen Wesensgemeinschaft hat.

So entsteht eine Art Dreißbund der Zerkörung, der Vernichtung, der Gewalt und des Elends:

Die Reaktion, der Radikalismus und das Gesindel.

Was hilft es uns, wenn weder die Reaktion noch der Radikalismus etwas vom Gesindel wissen will: die Tätigkeit des einen wie des andern führt in der Wirkung dazu, daß das Gesindel machtentfaltend aufzutreten vermag.

Und diese Gefahr darf in den großen Städten und Industriezentren beileibe nicht unterschätzt werden; sie wächst mit der Reaktion, sie wächst mit dem Radikalismus, dessen Auswüchse wie in der kommunistischen und unabhängigen Bewegung beobachtet können.

Die Reaktion bereitet sich zu einer neuen Aktion vor.

In Pommern ist momentan der Herd dieser Bewegung. Dort haben sich die Baltikamer angeammelt, dort halten sich die feindlich verfolgten Staatsstreicher verborgen.

Die Wittengüter bergen ganze Waffenlager, Proviant liefern die Junfer. Pommern übt täglich schärfer passives Resistenz in der schuldigen Ablieferung von Nahrungsmitteln in Schlesien und ähnliche Erscheinungen zu beobachten.

In Ostelbien sind Kräfte am Werke, um aus ihr eine Art Verbände zu machen.

Der Versuch, durch eine Ueberrumpelung Berlins von dort aus strahlenförmig die Reaktion sich ausbreiten zu lassen, ist mißlungen. Der zweite reaktionäre Schlag wird kaum von der Reichshauptstadt ausgehen. Wenn es der Reaktion noch einmal gelingen sollte, gewalttätig loszuschlagen, dann wird es wahrscheinlich von den ostelbischen Gebieten aus geschehen. Und man hofft dann auch auf süddeutsche Unterstützung. Unser Münchener Parteivorstand und jetzt auch der „Vorwärts“ enthalten Verhöhrereorganisationen, deren Umfang, Stärke und Planmäßigkeit doch alle Beachtung verdienen. Speziell in Bayern sind Bauernbündler in Verbindung mit reaktionären Offizieren und einem Teil des Adels dabei, als Helfershelfer der echt preußischen Reaktionäre zu gegebener Zeit mit loszuschlagen. Mögen auch in Württemberg und Baden die reaktionären Intrigue- und Organisations nicht die Stärke ostelbischer oder bayerischer erlangt haben, wir wissen, es gibt auch in Baden genügende Reaktionsnester und Zeitgenossen, die jedem seltsamen reaktionären Staatsstreich zuzubeh, ihn, falls das Gelingen in Aussicht steht, auch gern unterstützen würden.

Am Mittwoch und Donnerstag war die Reichshauptstadt von alarmierenden Gerüchten erfüllt. Sie verdrängten sich derart, daß die Regierung Sicherheitsmaßnahmen traf. Das war verständlich. Und es war bemerkenswert, daß Kreise, deren Sympathie mit den Staatsstreichern nicht unbekannt ist, die Möglichkeit eines erneuten Putschs offen gaben.

Das scheint uns wohlberedete und gefährliche Taktik zu sein. Ein paarmal „blinder“ Alarm, dann, so spekulieren die Herrschaften, glaubt niemand mehr an den Ernst und plötzlichkeit der Schlag auf das überaus junge Volk hernieder. Wir haben bei Putschs von links her ja eine ähnliche Taktik beobachtet können.

Darum warnen und darum mahnen wir.

Solange sich für die Reaktion auch nur noch eine Aussicht auf Erfolg bietet, wird sie versuchen, den Erfolg zu erzielen. Die preußischen Reaktionäre sind ein gähes und kampfbereites Geschlecht. Sie sind aus dem härtesten Holze geschnitten. Im übrigen spekulieren sie auf die Tätigkeit der Kommunisten und des „radikalen“ Flügels der Unabhängigen. Die sinnlose Tätigkeit sowohl der Kommunisten wie eines Teils der Unabhängigen verkehrt mit der Zeit nicht nur freisinnig geminteten bürgerlichen Kreisen, sondern auch Arbeiter manchmal die Arbeit am politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Und die nur auf die niedrigste Agitationsfähigkeit eingestellte radikale Propaganda zeitigt immer wieder die Gefahr, daß Massen aufgepeitscht werden, die politisch ungeschult und ängstlich sind.

Somit: Höchstes Alarm und Gesichtsbereitschaft gegen rechts, aber auch unverminderte Wachsamkeit gegen links.

Zwischen zwei Feuern tätig sein zu müssen, ist gewiß unangenehm, aber das darf den echten Sozialisten keineswegs schrecken. Es geht mit zur Erfüllung der großen historischen Aufgabe, die wir Sozialdemokraten inmitten der Volkstrennung zu erfüllen haben, daß wir uns gegen Feinde von rechts und links mitten durch den Weg bahnen müssen.

Und nur dieser Weg führt in die bessere Zukunft!

Politische Uebersicht.

Ein Niß in der Koalition.

Aus Berlin wird geschrieben: Trotz aller Hindernisse die die Koalitionspolitik der Durchsetzung sozialdemokratischer Forderungen bereite, trotz aller radikalen Forderungen der Arbeiterschaft und trotz des Militärputsches vom 18. März hat die deutsche Sozialdemokratie immer wieder betont, daß sie die Koalition als die einzig mögliche Grundlage für die Regierung des jetzigen Deutschlands hält. Im Interesse unseres Landes haben wir eine große Menge Forderungen nicht zur Beratung gebracht, wir haben wie das nicht anders möglich war, mit den anderen Regierungsparteien Kompromisse geschlossen, die sicherlich nicht im Interesse der Partei wohl aber im Interesse der Ruhe des Landes und des Wiederaufbaues lagen. Wir haben daraufhin aus allen Kreisen unserer Arbeiterschaft heftige und schwere Angriffe abzuwehren gehabt, aber wir haben trotzdem allen treu an der Koalitionspolitik festgehalten.

Die letzte Rede des großen Führers der Zentrumspartei des Justizrats Dr. Trimborn hat nicht unerheblichen Aufsehen erregt. Sie hat bestätigt, was alle Leute in Deutschland wußten, daß Erzberger die mächtigste Stütze der Koalitionspolitik im Zentrum war. Nachdem er aus der Regierung ausgeschieden ist scheint sein Einfluß in seiner eigenen Partei auch gesunken zu sein. Diese Annahme läßt wenigstens die Trimbornsche Rede zu. Auch wir haben ungeheuer viel an der Politik der Regierung ausgezogen. Aber wir haben uns jetzt befehligen unsere Kritik so anzulegen, daß sie sich nicht zur Freude der Deutschnationalen gegen die anderen Parteien der Koalition richtet. Was Trimborn aber sagte, war weniger ein Angriff auf die Regierung, als ein solcher auf die sozialdemokratische Partei. Seine Ausführungen fanden den lebhaftesten Beifall auf den Banken der Rechten und man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, als wolle sich das Zentrum für die kommenden Wahlen bei seinen Kampfgünstigen von 1919 in Erinnerung bringen. Besonders scharfe Kritik übte Trimborn an der angeblich zu schwächlichen Haltung der Regierung im Ruhrgebiet, er verlangte Standgerichte oder wenn das nicht möglich sei, Erlass dafür und war besonders unzufrieden mit der Tätigkeit des Gewerkschaftssekretärs, der alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfte, ehe er zum Vornarrsch der Reichswehr seine Zustimmung gab. Die gesamte Arbeiterschaft und sicherlich auch die die politisch zum Zentrum hinneigt, wird der Regierung Dank für ihre Zurückhaltung wissen, die größeres Blutvergießen verhindert hat. Trimborn fand zwar auch scharfe Worte gegen die Futtschiffen von rechts, aber sie hatten bei weitem nicht die Kraft und es fehlte ihnen aneinander auch die innere Wärme, die in so harkem Maße in seinen Angriffen gegen links zum Ausdruck kam.

Es sieht jedermann und auch jeder Partei, welcher politischen Richtung sie auch immer ist, frei, Kritik an den Maßnahmen der Regierung zu üben. Wenn man sich aber mit anderen Parteien in die Regierungspolitik teilt und einen großen Teil der Verantwortung für das, was unternommen wird, trägt, dann muß man auch die Konsequenzen tragen und den Mut aufbringen dafür einzutreten oder aus der Koalition auszutreten. Es geht aber nicht an, daß sich die Koalitionsparteien von der Reichstagstribüne herab gegenseitig bekämpfen und so die Autorität der Regierung in weitesten Volkstreffen noch mehr untergraben. Sollte das Zentrum aber glauben im kommenden Wahlkampf Atem in Atem mit den Reaktionären ein besseres Geschick zu machen, so wird es vom Volke am Wahltag die richtige Antwort bekommen.

Elässer-Mißhandlung in den französischen Kasernen.

Nach Berichten in den Straßburger sozialistischen Blättern dauern die Mißhandlungen elässiger Rekruten in Dijon, Epinal, Besancon und Belfort fort. Ueber einstimmenden Schilderungen dieser jungen Soldaten zufolge ist die Behandlung der Rekruten durch die französischen Vorgesetzten menschenunwürdig und schlimmer, als sie jemals an der Front gewesen ist. Die Rekruten werden mit salem boches beschimpft und geschlagen und auch von der einheimischen Bevölkerung verachtet. In der Kaserne in Belfort sind an den Folgen der Mißhandlungen 8 elässige Rekruten gestorben.

Zur Gegenaktion zum Falle Hölz.

Als Folge des Rapp-Putschs machte sich im Ruhrgebiet wie auch im Voglande eine starke Strömung zur Errichtung der Räteregierung geltend. Während im Ruhrgebiet die gesamte Arbeiterschaft eine geschlossene Front gegen die den Rüttwiegern treu ergebenen Freikorps bildete und die Reuterer

Väter und Söhne.

Roman von Iwan Turgenjeff.

„Ich bin in einer Kalesche gekommen,“ sagte Nikolaus Petrowitsch zögernd zu seinem Sohne; „aber es sind auch Pferde für deinen Karantah vorhanden.“

Während er dieses sagte, trank Arkadi frisches Wasser, das ihm die Wirtin in einem kleinen zinnernen Krüge gebracht hatte, und Bazaroff, der sich soeben die Pfeife angesteckt, trat zu dem Kutscher, der die Pferde anspannte. „Indes,“ sagte Nikolaus Petrowitsch hinzu, „ist meine Kalesche nur zweifelhafte und ich weiß nicht, wie dein Freund ...“

„Er wird in dem Karantah fahren,“ unterbrach ihn Arkadi in gedämpftem Tone. „Bitte, mache ihm gegenüber keine Umstände. Er ist ein ausgezeichnete Junge — und so einfach, du wirst dich selbst davon überzeugen.“

Kirjanoffs Kutscher brachte die Pferde.

„Munter, spüte dich, du Saareule,“ sagte Bazaroff zu dem Postillon.

„Gast dus gehört, Mitucha,“ rief ein anderer Postillon, der, die Hände in den Hintertaschen seines Zulups (Schafpelz) vergraben, in der Nähe stand; „der Herr da hat dich eine Saareule genannt; er hats getroffen.“

Mitucha beschränkte sich darauf, den Kopf zu schütteln, worauf er seinem schaumbedeckten Sattelpferde die Bügel abnahm.

„Rasch, rasch, ihr Burtschen, legt munter Sand an!“ rief Nikolaus Petrowitsch, „ihr sollt auch ein gutes Trinkgeld haben.“

Einige Minuten später waren die Pferde angebannt. Vater und Sohn stiegen in die Kalesche, Peter kletterte auf den Pock, Bazaroff sprang in den Karantah, drückte den Kopf in ein Lederkissen und die beiden Wagen rollten rasch von dannen.

3.

„So wärst du also endlich Kandidat und auf dem Wege nach Hause,“ sprach Nikolaus Petrowitsch, seine Hand Arkadi bald auf die Schulter, bald auf das Knie legend. „Endlich.“

„Und was macht der Onkel? Ist er wohl und gesund?“ fragte Arkadi, der ungeachtet der aufrichtigen, ja fast kindlichen Freude, die er empfand, der Unterhaltung doch gern eine altkölische Wendung gegeben hätte.

„Er ist wohl. Er wollte mit mir fahren, um dich abzuholen; aber er hat sich, ich weiß nicht warum, anders bedacht.“

„Und hast du lange auf mich gewartet?“ fragte Arkadi.

„Etwas fünf Stunden.“

„Wie gut du bist, Papa!“

Arkadi wandte sich lebhaft seinem Vater zu und drückte ihm gerührt einen Kuß auf die Wangen.

Nikolaus Petrowitsch lächelte still vor sich hin.

„Welch prächtiges Reispferd ist für dich habe!“ begann er.

„Du wirst dich selbst überzeugen. Und dein Zimmer habe ich tapezieren lassen.“

„Ist auch für Bazaroff ein Zimmer vorhanden?“

„Auch für ihn wird sich eins finden.“

„Ich bitte dich, Papa, sei freundlich gegen ihn. Ich kann dir nicht sagen, wie sehr ich seine Freundschaft schätze.“

„Bist du schon längere Zeit mit ihm bekannt?“

„Nein, erst seit kurzem.“

„Das wird auch wohl der Grund sein, daß ich ihn im vorigen Winter nicht gesehen habe. Womit beschäftigt er sich?“

„Vorwiegend mit den Naturwissenschaften. Aber er weiß alles. Im nächsten Jahr will er sein Doktorexamen machen.“

„Ah, er studiert Medizin!“ bemerkte Nikolaus Petrowitsch.

Einige Augenblicke bewahrte er Schweigen.

„Peter,“ fuhr er plötzlich fort und streckte die Hand aus, „sind das nicht welche von unsern Bauern, die da unten vorbeifahren?“

Peter blickte nach der Richtung, die sein Herr angedeutet hatte. Mehrere mit abgehackten Pferden bespannte Wagen rollten rasch auf einem schmalen Nebenwege dahin. Auf jedem Wagen sahen ein oder zwei Bauern in aufgedröpften Zulups.

„Wo gehen sie hin? Nach der Stadt?“

„Schätzbarerweiseinlich nach der Stadt. In die Kneipe,“ setzte er verächtlich hinzu, indem er sich ein wenig zu dem

Kutscher neigte, als wollte er sich auf dessen Zeugnis berufen. Aber dieser gab nicht das geringste Zeichen von sich, er war ein Mann aus der alten Schule, die die Ideen der neuen Zeit noch nicht teilte.

„Die Bauern machen mir dieses Jahr viel zu schaffen,“ fuhr Nikolaus Petrowitsch zu seinem Sohne gewendet fort. „Sie bezahlen den Obrot“) nicht. Was soll man da machen?“

„Bist du mit den Tagelöhnern besser zufrieden?“

„Ja,“ murmelte Nikolaus Petrowitsch durch die Zähne. „Aber sie werden verführt; das ist Schlimmer bei ihnen. Zudem arbeiten sie nicht mit wahrem Eifer. Auch verderben sie das Arbeitsgerät. Uebrigens sind die Felder sämtlich eingesät. Mit der Zeit wird sich das alles machen. Interessierst du dich vielleicht jetzt für die Landwirtschaft?“

„Es fehlt bei euch an Schätzen; das ist zu bedauern,“ bemerkte Arkadi, ohne auf die letzte Frage zu antworten.

„Ich habe über dem Balkon an der Nordseite des Hauses eine große Arkade anbringen lassen,“ versetzte Nikolaus Petrowitsch. „Wir können jetzt im Freien weizen.“

„Das wird wohl zu sehr einer Villa ähnlich sehen. Uebrigens hat das nichts zu bedeuten. Welche herrliche Luft man hier atmet! Wie das hier duftet! Ich glaube in der Tat, nirgends in der Welt atmet man so würzige Däfte wie bei uns in Rusland! Und wie der Himmel ...“

Arkadi hielt plötzlich inne, warf einen schüchternen Blick hinter den Wagen und verstumte.

„Gewiß,“ bemerkte Nikolaus Petrowitsch; „du bist hier geboren und so muß dir alles hier etwas ganz Besonderes ...“

„Nein, Papa, darauf kommts nicht an, wo der Mensch geboren ist.“

„Ndes ...“

„Nein, das ist völlig gleichgültig.“

Nikolaus Petrowitsch blickte seinen Sohn etwas von der Seite an, und sie fuhrten fast eine kalte Welt, ehe das Gespräch wieder angeknüpft wurde.

*) So hieß die Abgabe, welche die Leibeigenen für Geläubnis, in fremdem Dienst zu arbeiten, zahlen mußten.

(Fortsetzung folgt.)

Sicht.

er Hindernisse, demokratischen...
März hat die...
er betont, daß...
ablage für die...
teresse untes...
nicht zur Be...
möglich war...
ge schlossen...
aber im In...
danes Lagen...
Wählerkraft...
ber wir haben...
ten.
entrum...
unerschließ...
e in Deutsc...
er Koalition...
regierung an...
Partei aus...
us die Zentr...
auf die Politik...
legt befehlige...
e Freude der...
der Sozialist...
iger ein An...
zialdem...
den den Leb...
man kann sich...
entrum für...
von 1919 in...
die Krimbrun...
regierung im...
nicht möglic...
den mit der...
berhandlung...
Reichswahr...
und sicherlic...
der Regierung...
überbergiehe...
e Morie gew...
weitete nicht...
innere...
eriffen gegen

mit bewundernswürdiger Schneid befestigte, war es im Boglande eine Bewegung, die wenig von diesen Idealen, der Verwirklichung der Arbeiterkraft, hatte. Der ehemalige Vize-Operateur Holz, der sich an die Spitze eines bewaffneten Aufstandes stellte, übte einen Terror aus, der nur in Ausmaß seines Gleichen hat. Seine Taten bedürfen tatsächlich des Totschlags, was bisher in Deutschland von linksradikalen Elementen vollbracht wurde. Die Kommunisten haben sie ebenso wenig zu tun wie mit Sozialismus. Klünderungen, Räuberzügen und Verbrechen waren die Mittel, mit denen Holz dem „Kommunismus“ die Wege ebnete. Das Gegenteil hat er erreicht.
Was bei dieser ganzen Angelegenheit aber das, man kann sagen, bedauerlichste, ist, das ist die Solidaritätserklärung eines großen Teils des sächsischen Proletariats mit den Räubern auf Schloß Hallenstein. Es ist unglücklich und unverständlich, wie die Arbeiterchaft Sachsens, die für sich immer in Anspruch genommen hat, innerhalb der deutschen Arbeiterchaft eine hervorragende Stellung einzunehmen, diesem Mann und seinen Garben Schuß gewähren konnte. Noch bis in die letzten Tage hinein hat die Chemnitzer Arbeiterchaft der Dresdener Regierung, die sie endlich aufgerafft hatte, dieser Schmach ein Ende zu machen, gedroht, sofort den Generalkrieg zu erklären, falls die Reichswehr ins Vogtland einzuziehen sollte. Wir können es verstehen, wenn sich die Arbeiter aller Parteien und Organisationen für kommunistische Agitatoren, die aus ideellen Gründen irgendwelche Fehler machen die man von menschlichen Standpunkt verurteilen mußte. Unverständlich ist es aber, wie man sich schuldig vor einem Holz, der entweder ein Verbrecher oder ein Irrsinniger ist, stellen kann.
Das ist nicht die Aufgabe der organisierten Arbeiter. Ihre Pflicht ist es, gegen ungerechte Behandlungen irgendwelcher Kämpfer für die Freiheit rücksichtslos einzutreten. Sie darf in Erfüllung dieser Pflicht vor keinem Mittel zurückschrecken. Im Nudreber hat sie durch ihr mannhaftes Eintreten für die Demokratie und gegen die Diktatur jeder Art ebenso wie im ganzen Reich Erfolge erzielt, die ihr einen gewissen Einfluß auf die Politik der Regierung sichern. Diese Erfolge dürfen durch nichts beeinträchtigt werden. Die Arbeiterchaft kann diesen Einfluß, den sie sich erobert hat, nur dann behalten und ihn ausbauen, wenn sie eine Politik betreibt, die auf realer Grundlage beruht und sich nicht von irgendwelchen Geschwätzern leiten läßt. Nur wenn das Banner des Sozialismus in Deutschland unbedeckt bleibt, wird es gelingen, durch ihn den in den Weststaaten triumphierenden Militarismus niederzuzwingen und so den Weg zu einer besseren Zukunft vorzubereiten.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 16. April.
Präsident Fehrenbach eröffnete die Sitzung um 1.05 Uhr und teilte mit, daß ein Antrag wegen Strafverfolgung des Abg. Brach wegen Landesverrats usw. eingegangen sei. Er wird dem Geschäftsauswahlausschuss überwiesen werden. Der Abg. Anollmann (D.) ist gestorben. Die Abgeordneten haben sich von ihren Plätzen erhoben.
Eine Reihe von Anträgen wird als erledigt betrachtet, weil die antragenden Abgeordneten zur Verlesung nicht erschienen sind. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über ein

Enteignungsrecht von Gemeinden

bei Aufhebung von Rayonsbeschränkungen.
Der Gesetzentwurf wird nach dem Antrag des Ausschusses mit geringen Änderungen ohne Erörterung auch in dritter Lesung angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die

Grundschulen und Aufhebung der Volksschulen.

Abg. Schumann (Soz.): Das Gesetz bietet uns das beste Minimum von dem, was wir fordern müssen. Wir hoffen, daß die Regierung uns bald den Entwurf für eine sechs-jährige Grundschule vorlegen wird, ebenso eine Vorlage über die Lehrerfortbildung.

Abg. Rheinländer (Fr.): Die politische Demokratie muß auch eine Kulturdemokratie zur Folge haben. In geistiger Freude muß das Volk seine Erholung finden. Das vorliegende Gesetz schafft Wahrheit über den Begriff der Grundschule. Diese ist keine Simultanschule, sonst müßten wir sie ablehnen. Der Militarismus des bisherigen Schulwesens muß zum Organismus werden. Auch die verschiedenen Lehrerorganisationen müssen sich jetzt näher treten.

Abg. Dr. Köhlig (D.): Aus den auseinandergehenden Beurteilungen des Gesetzentwurfes durch die beiden Vorredner ist die Bedeutung und Wichtigkeit desselben zu ersehen. Die Aufhebung der Volksschulen ist nur zu bedauern. Wir haben die allerhöchsten Bedenken gegen das Gesetz.

Abg. Hils (Dem.): Die vierjährige Grundschule ist die richtige Grundlage.

Abg. Dr. Kuntze (D. Sp.): Die Bestimmungen des Gesetzes dürfen keine Anwendung auf die Hilfsschulen für Schwachsinrige finden.

Abg. Anner (U. E.) befürwortet Anträge seiner Partei, die n. a. die Grundschule auf acht Jahrgänge ausdehnen wollen. Meine Fraktion wird wahrscheinlich dem Gesetz im ganzen zustimmen wegen seiner wichtigen Grundgedanken, trotzdem uns die Fassung der einzelnen Paragraphen dieses sehr schwer macht.

Unterrichtsminister Schulz stellt fest, daß eine weitgehende Übereinstimmung in allen Parteien über den Gedanken der Einheitschule sich herausgestellt hat. Die Frage der Konfessionschule hat mit dem vorliegenden Gesetz nichts zu tun. Ich verbinde mich mit der Meinung, daß eine längere Dauer der Grundschule wünschenswert wäre. Aber man muß zunächst das Mögliche erreichen. Das Lehrerfortbildungsgebot liegt vor. Die Reichsschulkonferenz kann nunmehr unmittelbar nach den Wahlen stattfinden.

§ 1 wird mit Änderungsanträgen der Mehrheitsparteien angenommen, § 2 wird nach der Fassung des Ausschusses angenommen, § 3 sieht vor, daß bei Abbau der Volksschulklassen entbehrlich werdende Lehrpersonen auch gegen ihren Willen an öffentlichen Volksschulen oder andere Lehrstellen versetzt werden können. § 3 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. § 4 will nur in der Fassung des Ausschusses unterrichtet werden. Anträge auf Streichung des § 4, gestellt von den Deutschnationalen und den Unabhängigen, werden abgelehnt. § 4 bleibt nach Fassung des Ausschusses unverändert, ebenso der Rest des Gesetzes.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzentwurfes über Aufhebung der Gebührenfreiheit im Post- und Telegraphenverkehr.

Das Gesetz wird ohne Aussprache in erster Lesung erledigt und an den Hauptauschuss verwiesen.

Nächste Sitzung: Morgen 1 Uhr, Interpellationen über Cuxen und Raimedn und über polnische Grenzsperrre, außerdem Wochenhilfe und Berichte der Ausschüsse. Schluß 1/2 12 Uhr.

Aus der Partei.

Zum Parteitag.

Die Delegierten des außerordentlichen badischen Parteitag werden dringend ersucht, dem Untersekretar sofort Mitteilung darüber zu machen, ob sie durch unsere

Vermittlung auf Nachtquartier und Verpflegung reflektieren.

Bei der event. Anmeldung muß angegeben werden, ob Nachtquartier für Samstag auf Sonntag und Sonntag auf Montag, desgleichen, ob Mittagessen am Samstag und Sonntag verlangt wird. Das Bestellte muß von den Delegierten bezahlt werden. Die Quartierkarten werden am Samstag, 24. April, im Bahnhof, Restauration 2. Klasse, bis nachts 11 Uhr und am Sonntag, 25. April, vormittags von 9 Uhr ab, am Soaleingang der „Eintracht“ ausgegeben.

G. Schwerdt, Karlsruhe, Wilhelmstraße 76.

Bezirkskonferenz Bruchsal-Philippsthal.

Kommenden Sonntag, den 18. April, findet für den Bezirk Bruchsal und Philippsthal vormittags 9 Uhr im Gasthaus zur „Blau“ in Bruchsal eine Bezirkskonferenz statt. Auf der Tagesordnung steht: Die bevorstehenden Reichstagswahlen, Aufstellung der Kandidaten, Parteitag und Berichtendes. Parteigenossen, die Zeit bedingt es, daß jede Mitgliedschaft, jede Gemeinde vertreten ist.

Der Bezirksvorstand: Stäber, Vor.

Für den Wahlfond fanden ein: Nr. 1. 63.81 M., Mitgliedschaft Spöt 2. Rate 24 M., Ruchheim 2. Rate 10.10 M., Dietlingen 550 M., Nöhlungen 178 M., Fördheim 2. Rate 17 M., Würm 85.50 M., Mit den bereits quittierten Beträgen zusammen 1680.50 M.

Das Parteisekretariat: César Trinks.

Der Bezirksvorstand des Bezirks Rastatt hat auf morgen Sonntag nachmittags 2 Uhr im „Anker“ in Rastatt eine Konferenz einberufen. Hierzu werden die gewählten Delegierten von Rastatt eingeladen. Auch andere Mitglieder, die Interesse an der Sache haben, sind eingeladen.

1. Tagesfeld, 12. April. Gestern fand in Graben eine Bezirkskonferenz der sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Karlsruhe-Land statt. Der Bezirksvorstand Gen. Schmidt-Soggsfeld eröffnete um 1/4 12 Uhr die Konferenz und begrüßte die Vertreter der Ortsvereine. Anwesend waren der Bezirksvorstand durch 3 Vertreter, der Parteisekretär Gen. Trinks, die Ortsvereine Bülach, Blankenloch, Soggsfeld, Eßbach, Graben, Ruchheim, Hiedolsheim, Hochstetten, Eggenstein und Teufelsneureut. Nicht vertreten waren die Orte Antelingen, Welschneureut, Leopoldshafen, Lintenheim, Büchig, Friedriehsdal und Staßfurt. Das Referat zum 1. Punkt der Tagesordnung, „Die kommenden Reichstagswahlen“, hielt Gen. Trinks. Er behandelte zunächst die Arbeiten der Fraktion im Reichstage, besprach die verschiedenen Gesetzentwürfe, behandelte die Stellung unserer Fraktion zum Friedensvertrag und zur deutschen Verfassung, wobei er betonte, daß auf Drängen unserer Partei manche Verbesserung erreicht wurde. Sodann ging er auf die nötigen Vorbereitungen zum kommenden Wahlkampf ein und zeichnete die Richtlinien, welche einzuschlagen sind, um eine wirksame Agitation zu betreiben. Eine Hauptfrage spielt die Geldfrage. Mit Nachdruck riefte Gen. Trinks an die Vertreter die Aufforderung, den Ertrahetrag von 10 M. zu erheben und ebenfalls eine wirksame Agitation mit den Sammellisten vorzunehmen. — Zum Schluß streifte Redner noch kurz den außerordentlichen bad. Parteitag und die Wahlkreis-konferenz am 19. April. Für seine trefflichen Ausführungen fand er lebhaften Beifall.

In der Aussprache wurde von einzelnen Vertretern Kritik geübt an der Fraktion. Sie fanden auf dem Standpunkt, daß bei der Sozialisierung im Vergleich der elektrischen Energie und dergl. mehr hätte unternommen werden müssen, im allgemeinen billigen die Redner aber die Haltung der Fraktion. Mit dem Agitationsplan waren sämtliche Vertreter einverstanden. Die Einführung des Ertrahetrag und der Sammellisten bleibt den einzelnen Ortsvereinen überlassen. Der Geist der Konferenz war ein guter, alle Genossen zeigten das Bestreben, soweit wie möglich beizutragen, damit unsere Partei in Ehren aus dem Wahlkampf hervorgehe. An die Orte, die fehlen, ergab die Aufforderung, ebenfalls alles daran zu setzen, um im Wahlkampf die Reaktion niederzuringen.

Aus der Mitte der Konferenz wurde noch folgender Pro-test einstimmig angenommen: Die heute in Graben tagende Bezirkskonferenz der sozialdemokratischen Partei protestiert auf das Entschiedenste gegen den Bruch des Friedensvertrages vonseiten Frankreichs. Sie vertritt sich jegliche Einschüpfung fremder Mächte in innere Angelegenheiten Deutschlands und erwartet von den französischen Sozialisten, bei ihrer Regierung energische Schritte gegen derartige völkerrechtswidrige Gewalttate.

Nach einem kurzen Schlußwort des Gen. Trinks schloß der Bezirksvorstand Gen. Schmidt mit einem Aufruf an die Vertreter, für die Partei und Parteipresse zu agitieren, um 6 Uhr die Konferenz.

Eine bedeutungsvolle Landtags-sitzung.

gr. Karlsruhe, 16. April.

Die heutige Landtags-sitzung, in der auch der Staats-voranschlag für 1920 vorgelegt wurde, kann als ein historisch-bedeutungsvoller Akt bezeichnet werden. Die in ihr vollzogene Annahme des Staatsvertrages über den Übergang der badischen Staatseisenbahnen auf das Reich gehört mit zu den bedeutungsvollsten Entschlüssen, die der badische Landtag als Vertreterin des badischen Volkes auf das Reich gebracht hat. Die konsequente Fortsetzung der badischen Politik, der anbahnt mit der Gründung des Reiches, verankert wurde durch die für das Reich bezogenen Vorkämpfer im Weltkrieg, gefestigt wurde durch die stark unitarische Reichsverfassung und nun praktisch vollzogen wurde am stärksten Wirtschaftsinstrument des badischen Landes: an seinen Eisenbahnen. Nachdem es 1871 den größten Teil seiner Souveränität und im Kriege Wohl und Leben seiner Bürger dem Reichsgedanken geopfert hat, steht das badische Volk nicht an, nachdem dies die Folgen des Krieges nötig machen, auch seine Eisenbahnen auf den Altar der nationalen Idee niederzulegen. Haben hat mit dem heutigen Tage dem nationalen Gedanken des deutschen Volkes ein Opfer gebracht, das in seiner Bedeutung sich erst in späteren Tagen erweisen läßt. Wer Separatism, wird diesen Staatsvertrag, der unsere Bahnen gegen Abfindung dem Reich gibt, ablehnen; wer starker Partikularist wird ihn sehr bedenklich finden; wer sich stark von tatsächlichen und momentanen Zeiterscheinungen beeinflussen läßt, hätte die Frage vielleicht gerne noch etwas vertagt gesehen — wer jedoch den nationalen Standpunkt als allein ausschlaggebende Richtlinie betrachtet, dem muß bei vielleicht auch romantisch-schmerzlichen Gefühl über die allmählich abdrückende traditionell geworden Kleinstaaterei das Herz höher schlagen bei dem historischen Moment, der durch die Verwirklichung der Wahlen den deutschen Einheitsgedanken in der deutschen Republik zur höchsten Verwirklichung bringt. Von diesem deutschen, nationalen Gedanken waren die Redner der Mehrheitsparteien in vollem Maße durchdrungen, wobei Abg. Gen. Weismann seine Rede mit wirkungsvoller Po-

leit gegen die Deutschnationalen würzend, den zustimmenden Standpunkt der Sozialdemokratie präzisierete, während Abg. Gen. Weid das richtige Gleichmaß zwischen Zentralisation und Dezentralisation zu finden suchte. Kein Hauch von nationaler Größe war jedoch gestern und heute bei den Deutschnationalen zu finden, die in der Abstimmung den Vertrag ablehnten. Wäre das deutsche Volk nicht gerade in seinen angeblich „nationalen“ Kreisen maßlos verkehrt, hätte insbesondere die deutsche Jugend nicht jedes Maß von wahrhaft deutschem, nationalem Sinn verloren, dann müßte die Ablehnung des Staatsvertrages durch die Deutschnationalen den Stab über diese Partei brechen, die mit ihrer Ablehnung eines nationalen Wertes höchster Bedeutung das „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“ in den Ortus schleuderte und dafür das blaue Tuch des preussischen Junkers schwenkte, dem das Reich nur solange Bedeutung abgewinnt, als es glaubt, daß es seinen reaktionären Interessen förderlich ist. Die drei Mehrheitsparteien aber können, so schmerzhaft sie auch gefühlsmäßiger und egoistischer Betrachtungsweise ist, stolz auf ihre heutige Abstimmung sein, die sie würdig macht ihrer großen Vorgänger aus den Einheits- und Freiheitskämpfen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, da die revolutionären Vorkämpfer der deutschen Demokratie das schwarz-rot-goldene Banner des freien Einheitsstaates entfalteten, während die Abolte unserer Deutschnationalen den Reichsgedanken bekämpften aus Furcht, ihre dynastischen Hausinteressen könnten dabei mit leiden.

Bildete so die heutige Landtags-sitzung einen Höhepunkt der staatspolitischen Gestaltung der Träger der deutschen und badischen Republik, so war sie nicht minder in ihrer äußeren Wirkung ein Erfolg des republikanischen Gedankens. Die in der Debatte gemachten Versuche der Deutschnationalen, vom mißglückten Kary-Kutsch abzurücken, riefen den Abg. Gen. Raiser-Niederberg zur Wortmeldung, der in einer meisterhaft-mühevollen Rede mit den Deutschnationalen scharf abrechnete. Die Sünden der Junkerarmee, denen unsere badischen Deutschnationalen getreulich nachhelfen, im Krieg und in der Gegenwart hell beleuchtend, rief der sozialdemokratische Redner die deutschnationalen Tiraden in Stücke, so daß nichts mehr übrig blieb, als die Verteidiger einer schuldbelasteten, vor der ganzen Menschheit gerichteten militärischen Despotie, der, wie der Redner zutreffend feststellte, das badische Volk nicht in das Garn der Ludendorffschen Bankrotteurpolitik gefangen wird.

31. öffentliche Sitzung.
Präsident Hoff eröffnete die Sitzung um 8.50 Uhr.
Vor Eintritt in die Tagesordnung legt Finanzminister Rastatt den

Staatsvoranschlag für 1920 und die Rechnungsabrechnung für 1917 und 1918

vor. Gemäß Absprache soll vorerst von einer Aussprache hierüber abgesehen werden und diese bis zur kommenden Generaldebatte verschoben werden, da der Voranschlag nur ein provisorischer ist. Präsident Hoff bittet den Voranschlag, der an die Kommission geht, sofort im Ausschuss in Angriff zu nehmen.

Auf eine kurze Anfrage des Abg. Goldermann (Dem.) bezüglich des schlechten Preises verweist Ministerialrat Föhrenbach auf seine geistigen Mitteilungen und teilt mit, daß die Lebensmittel bekümmert werden, sobald wieder mehr Wehl eingetroffen ist. Wäre das Reich vor den inneren Unruhen verschont geblieben, dann wäre der Lebensmittelstand nicht eingetreten. — Auf eine kurze Anfrage des Abg. Habermacht (D.M.) bezüglich der Fülle für die Textilindustrie nach dem Einbruch in den letzten Tagen eingeleitet worden. — Auf eine Anfrage des Abg. Großhans (Soz.), daß in Konstantz und Heberlingen am Ostermontag Tanzveranstaltungen verboten waren, während sie in Freiburg gestattet wurden und auf Wünsche nach einer einheitlichen Regelung teilt der Regierungsvertreter mit, daß der Regierung eine einheitliche Regelung nicht erforderlich scheint.

Abg. Weismann (Soz.): Wenn die Sozialdemokratie an die Befreiung des Staatsvertrages geht, so bedeutet sie das Abg. Kott, der von jeder der Eisenbahnreform im Landtag und durch Mitbegründung des Eisenbahnreformvereins das Wort redete. Kott war es auch, der ein begeistertes Anhänger des Kilometergesetzes war. In Gedanken dieses Mannes will ich gleich mitteilen, daß wir dem Staatsvertrag unsere Zustimmung

geben. Die Verwirklichung ist eine Frage der Befreiung und des verlorenen Krieges. Sie ist ein großartiges Werk; denn durch sie wird unsere Verkehrswirtschaft von einer Zentrale aus geleitet. Die Entwicklung der Bahnen zeigen uns die Entwicklung der Volkswirtschaft, die sich auch weiter vollziehen wird. Bereits während des Krieges wurde der Anfang zur Verwirklichung gelegt, so daß es nötig wird, die Bahnen in eine Zentrale zu verlegen. In der Zustimmung zum Verträge liegt ein Vertrauensvotum zur Reichsregierung und zu der von ihr vertretenen Politik. Bei der Rede des Abg. Mayer-Karlsruhe hörte man aus allem nur das Nein. Man merkte hier, daß hier nicht die Richtung Habermacht geistigt hat, sondern die Richtung Mayer. Ich muß sagen, es war ein wunderbares Schauspiel, daß die Deutschnationalen in dieser Frage in sieben Teile auseinanderfielen. Wenn die Deutschnationalen kein Vertrauen zur Regierung haben, so haben wir kein Vertrauen zu den Deutschnationalen. Als man in Berlin noch nicht wußte, wie beim Kapp-Zug der Wind wehte, waren die Deutschnationalen recht vor-eilig. Wenn etwas die deutsche Volkswirtschaft heben soll, dann ist es der Staatsvertrag, den die Deutschnationalen ablehnen. Wenn die Deutschnationalen beim Kapp-Zug geistigt hätten und Herr Hertie Landwirtschaftsminister und Herr Föhner Staatskommissar für Tabakbau geworden wäre (Heiterkeit), dann hätten die Herren Vertrauen zur Regierung. Den Deutschnationalen ist es nur darum zu tun, daß sich die Verhältnisse nach ver-schießern, damit ihr Weizen blüht. Ohne Kapp-Zug keine Kommunistenunruhen im Ruhrgebiet; ohne Unruhen keine Befreiung Frankreichs; so verstanden wir auch dieses Stund den Deutschnationalen. Beim Staatsvertrag muß der Zentralisation eine entsprechende Dezentralisation beigebracht werden, bei der auch vor allem die Beamten und Staatsarbeiter berücksichtigt werden müssen. Weiter muß auch unsere Industrie bei der Vergebung der Arbeiten für die Bahnen berücksichtigt werden. Mit der Bahn kommt die Maschine und mit der Lokomotive kommt auch der erste Sozialdemokrat (Heiterkeit); dies sagten wir früher und dies gilt auch heute noch. Unsere Partei wünscht, daß das Reich nunmehr auch die Nebenbahnen übernimmt. Unser verbodener Freund Kott verlangte immer, daß der Staat auch die Nebenbahnen baut. Es wurde früher abgelehnt und jetzt haben wir die Schwerkraft mit den Nebenbahnen, die zu übernehmen das Reich ablehnt. Wir möchten auch, daß Konstantz die Zentrale der Bodenbahnabrechnung wird. Zugestimmt wurde uns, daß die Eisenbahnabrechnung in Karlsruhe und nicht in Berlin gemacht werden. Wir wünschen auch, daß die Züge eingestellt werden. Wir fordern vor allem Sonntagszüge, damit aus gesundheitlichen Gründen die Vorzüge unserer Landtschaft genossen werden können. Bei den Tarifen sollte vor allem eine Verbilligung der Sonntagsfahrten angestrebt werden. Wir freuen uns, daß die 4. Klasse mit Sitzplätzen ausgestattet werden soll. Auf alle Fälle müssen wir die General-

er politischen...
nahmen der...
Parteien...
der Verant...
dann muß...
auf die Zeit...
aus...
Koalition...
ichtig be...
in weite...
entrum aber...
den Reaktio...
vom Volke

ischen...
Blättern...
Rektur...
Ueberzeu...
folge ist...
Vorge...
se jemals...
mit sales...
schon von...
ber der...
in Befort...
Rekruter

z...
Auhreber...
Erziehung...
erwiebe...
die den...
e Reuterei

zeugnis...
n von sich...
Ideen der

schaffen...
bedeutet...
fort...
ll man da...
eben? ...
die Zähne...
bei ihnen...
beder...
über sän...
schafft? ...
bedauern...
undworten...
des Gair...
Refo aus...
2.1.

lich feher...
herrliche...
sch glaube...
wiltzige...
mel...
nen Blick

bist hier...
Beson...

er Mensch

was von...
che das

er Glaub...

er Glaub...

er Glaub...

er Glaub...

er Glaub...

er Glaub...

er Glaub...

aktion in Karlsruhe gehalten. Allzuviel Angst sollten wir vor der Verpehrung nicht haben; denn ein badischer Beamter kann auch etwas lernen, wenn er ein paar Jahre in Berlin oder Breslau gelebt hat. An Stelle der früheren Retitionen arbeiten nunmehr die Arbeiterorganisationen selbst mit den Ministern direkt an der Erledigung der Lohn- und Arbeitsfragen mit. Sowohl Staat und Arbeiter fahren gut dabei. Vor allem verlangen die Arbeiter die Verbehalten der Wohlfahrts-einrichtungen. Die früheren Arbeiter, die im Beamtenverhältnis sind und nach dem 1. April 1920 zur Ruhe gehen werden, müssen nach den neuen Besoldungsordnungen bezahlt werden. Die badische Regierung wird gebeten, für den Antrag der Mehrheitsparteien einzutreten, der alle Lohngruppen um eine Klasse vorrücken lassen will. Außerdem muß auch der Grundfab „Freie Bahn dem Tüchtigen“ bei der Eisenbahn durchgeführt werden, damit der Häbige vorankommt. Der Verband Deutschen Verkehrsbeamten, der vorbehaltlos auf dem Boden der Republik steht, läßt unter keinen Umständen am Koalitionsrecht und Achtstundentag rütteln und verlangt, daß die badische Regierung allen reaktionären Einflüssen entgegentritt. Mögen die Eisenbahner an Herrn Köhler denselben Förderer finden wie an Herrn Birck. Es muß darauf hingewiesen, daß man früher die Eisenbahner miserabel zahlte. Durch das Verdienst des Landtags und der Regierung ist es gelungen, in Baden bis jetzt jeden Eisenbahner frei zu vermerken. Ich möchte mit dem Kammer schließen, daß das Reich nun zeigt, daß der Schritt der Verreichlichung einen Fortschritt in jeder Hinsicht zeigt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Dr. Glöckner (Dem.): Auch meine Freunde stimmen dem Staatsvertrag ein mäßig zu. So sehr einzelne ein wehmütiges Gefühl bei diesem Vorgang beschleicht, so ist es doch durch den Krieg notwendig geworden. Wir dürfen vom Reich eine Flegel der Interessen der Länder erwarten und haben das Vertrauen, daß dies geschieht. Redner äußert Wünsche bezüglich der Güten und der Kraftwagenlinien. Bei der Abfindung der Bahnen hatten wir am wenigsten das Gefühl eines sicheren Bodens. Wir sind für die Verbehalten der fundierten Schuld. Es ist nur vorteilhaft, wenn badische Beamte ein paar Jahre in andere Länder kommen, um ihren Gesichtskreis zu erweitern. Den Standpunkt der Deutschnationalen in der Ablehnung der Bahnen kann ich nicht verstehen. Schließlich kommt diese Haltung auf einen partikularen Standpunkt hinaus, der in Widerspruch zu den programmatischen Erklärungen steht. (Sehr richtig!) Die Gründe der Deutschnationalen gegen den Vertrag sind zu fadenförmig. Der Hauptgrund für das Verhalten der Deutschnationalen liegt darin, daß sie zur Reichsregierung nur ein Vertrauen in Aufrichtigkeit haben. Den Beweis hierfür sind sie ebenso schuldig geblieben, wie bei ihren Vorwürfen über die Mißwirtschaft. Wir anderen Parteien haben dies Vertrauen zum Reich und glauben an seine Zukunft. Und deshalb stimmen wir dem Vertrag zu, in der Hoffnung, daß er sich als segensreich erweist. (Schluß folgt.)

Reichstagswahlen und Geschäftsfrage des Landtags. Am Freitag nachmittag beriet der Haushaltsausschuß, wie er es ermöglichen könne, daß der ihm übergebene Staatsvoranschlag — Drucksachen im Gesamtumfang von mehreren hundert Seiten — noch vor Mitte Mai, dem Termin, an welchem der Landtag wegen der einsetzenden Agitation für die Reichstagswahlen vorläufig seine Beratungen abbricht, durchgearbeitet werden könne. Man einigte sich dahin, möglichst viele Sitzungen abzuhalten und die wichtigsten Positionen zur Diskussion zu stellen und die Restparagrafen nach den Reichstagswahlen zu erledigen. Die einzelnen Voranschläge wurden wie folgt verteilt: Landtag: Weismann (Soz.), Staatsministerium: Görlacher (Ztr.), Ministerium des Auswärtigen: Fhrig (Dem.), Finanzministerium: Seubert (Ztr.), Ministerium des Innern: Dr. Schöfer (Ztr.), Justizministerium: Marum (Soz.), Kultus und Unterricht: Stodinger (Soz.), Arbeitsministerium: Dr. Glöckner (Dem.), Kurzwert und Oberrechnungskammer: Habermehl (D.N.).

Badische Politik.

Die ungeteilte Arbeitszeit. Vom Zentralverband der Gemeindebeamten Badens wird uns geschrieben: In letzter Zeit ging durch die Presse eine Verlautbarung des Städteverbandes, wonach die ungeteilte Arbeitszeit in den Städten sich nicht bewährt habe und bei Durchführung der 48 Stundenwoche sich nicht mehr aufrecht erhalten lasse; sie solle nach örtlichen Verhältnissen aufgehoben werden. Gegenüber dieser Darstellung sind berechtigte Zweifel am Platze. So ist zum Beispiel in Karlsruhe infolge der ungeteilten Arbeitszeit eine Steigerung der Arbeitsleistung festzustellen; auch das körperliche Wohlbefinden der Beamtenschaft hat sich gehoben. Evidente günstige Erscheinungen haben sich zweifellos im ganzen badischen Lande gezeigt. Es ist also im allseitigen Interesse sehr bedauerlich, daß der Städteverband zu einer Auffassung kommt, die die Beamtenschaft auf Grund von Tatsachen nicht teilen kann. Die Beamtenschaft steht auf dem gewiß veränderten Standpunkt, daß die ungeteilte Arbeitszeit überall dort beibehalten werden muß, wo die Mehrzahl der Beamten es wünscht. Freilich ist es durchaus unerlässlich, daß die Dienstverhältnisse den Arbeitseifer von Anfang bis zu Ende hochhalten können. Mißstände, die sich bislang aus der ungeteilten Arbeitszeit ergeben haben, sind ohne Zweifel auf eine wenig ausreichende Disziplinierung zurückzuführen. Nichtig angewendet und ernsthaft durchgeführt ist die ungeteilte Arbeitszeit für die Beamten und das Publikum von großem Vorteil, auf den man nicht verzichten soll, weil die verhältnismäßige Neuheit der Einrichtung noch abzuwehrende Mängel aufweist. Das einseitige Vorgehen des badischen Städteverbandes ist keineswegs geeignet, die Arbeitsfreude der Beamten zu steigern und das so notwendige gegenseitige Einverständnis zu geben. Der Landesverband der städtischen Beamten wird in dieser Frage zusammen mit dem badischen Beamtentum die nötigen Schritte unternehmen, um eine Änderung der ungeteilten Arbeitszeit gegen den Willen der Mehrheit der Beamten zu verhindern.

Zu den Reichstagswahlen 1920 wird in einer amtlichen Pressemitteilung mitgeteilt, daß der letzte Termin für die Auflegung der Wahlerlisten schon in der ersten Tage des Monats Mai fallen dürfte, die Gemeindebehörden vom Ministerium des Innern angewiesen wurden, alsbald die erforderlichen Vorkehrungen für die Aufstellung der Wahlerlisten oder der Wahlkarten zu treffen, sodas die Vorarbeiten hierzu bis spätestens Ende April beendet sind. Einzutragen in die Wahlerlisten oder Wahlkarten ist, wer am Wahltag Reichsbürger und 20 Jahre alt sowie im Stimmbezirk wohnhaft ist. Entmündigte, geisteskränke oder solche Personen, die durch Richterpruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben, sind von der Aufnahme in die Listen ausgeschlossen, ebenso Zugehörige der Wehrmacht und Untersuchungsgefangene.

Lehrerzulagen der Lehrer. Der Verfassungsausschuß des Landtags hat sich in seiner letzten Sitzung auch mit einem Antrag des Verbandes der mittleren Städte Badens befaßt, in welchem die Aufhebung der Bestimmungen über die Bezüge der Lehrerzulagen an Lehrer und Lehrerinnen durch die Städte gewünscht wurde. Diese Zulagen sollten von

der Stadt getragen werden. Es wurde eine Entscheidung des Staatsministeriums mitgeteilt, wonach die Beanstandungen des Städteverbandes nicht zurecht befänden. Der Verfassungsausschuß beschloß, die Regierung möge von dieser ihrer Entscheidung den Städten Mitteilung machen.

Aus dem Lande.

Friedrichsfeld 6. Mannheim, 16. April. Zu einem Landfriedensbruch kam es hier bei der Verhaftung eines Burschen wegen Holzdiebstahls. Die an der Verhaftung beteiligten Gendarmen wurden von einer großen Menschenmenge angegriffen und zur Freigabe des Verhafteten gezwungen. Ein Gendarm wurde verwundet.

Gagen, 16. April. Auf dem Bahnhof Gillingen wurden letzter Tage 200 Wagen Karloffeln (40 000 Zentner) verladen, die für die Bad. Karloffelverwertung bestimmt sind. Die Karloffeln kamen sämtlich aus den Gemeinden Gillingen und Dacklingen. Erst in der vergangenen Woche waren 10 Eisenbahnwagen abgeliefert worden.

Unterggingen, 16. April. Vor kurzem wurde die 17jährige Theresia Hauser, Tochter der Witwe Hauser hier, von einem unbekannten Landstreicher überfallen. Als das Mädchen nach Hause wollte, überfiel der Kerch das Mädchen und gab ihr mit einer Schere 11 Stiche in den Körper.

Kleine Nachrichten.

Paris, 16. April. Die Agence Havas demontiert kategorisch die aus deutscher Quelle stammende Nachricht, wonach am 9. April in Mainz eine Konferenz französischer Generale stattgefunden habe, um die Richtlinien der französischen Politik gegenüber Deutschland festzulegen.

Kiel, 17. April. Die Kieler Reichswehr wird in den nächsten Tagen rund 8000 Arbeiter und Angestellte entlassen. Die Entlassung wird damit begründet, daß unter den heutigen Verhältnissen der Betrieb ganz unproduktiv ist, und wenn produktiv gearbeitet werden soll, die Entlassung nicht umgangen werden könne.

Die städtische Gutswirtschaft vor dem Karlsruher Bürgerausschuß.

Karlsruhe, 17. April. Nur zwei Punkte standen auf der Tagesordnung der gestrigen Bürgerausschußsitzung, von denen jedoch nur einer, nämlich die „Städtische Gutswirtschaft und Fortwirtschaft“, zur Erledigung kam, während die „Änderung des Straßen- und Lokalbahntarif“ in einer heute Samstag mittags stattfindenden Sitzung zur Beratung vorgelegt ist.

Das Gaus ist von 81 Mitgliedern besetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung werden einige kleine Anfragen erledigt. So beantwortete Bürgermeister Sauer eine sozialdemokratische Anfrage über die Erfahrungen mit der durchgehenden Arbeitszeit. Nach seiner Aussage sind die Erfahrungen bei den Arbeitern und Beamten im allgemeinen günstige, jedoch gehen sich bei letzteren eine Übermüdung, weshalb die gezielte Arbeitszeit bei geistiger Beschäftigung sich vorteilhafter gestaltet. Auf eine Anfrage wegen Meldebücher für März, welche herzustellen erwiderter Bürgermeister Sorkmann, daß überhaupt kein Meldebücher aus Kommunalverbandsbeständen zu diesem Zweck abgegeben wurde. Im ganzen kamen 90 Sad Meldebücher einer besonderen Stelle zur Verwendung, wofür die Präzedenz Abzug an Brot erhielten.

Oberbürgermeister Dr. Finter widmete hierauf unsern von hier scheidenden Genossen Stadtvorordneten H. E. Thörn warme Worte für seine großen, der Stadt geleisteten Dienste, die er seit langen Jahren als Stadtvorordneter und Stadtvorordneter vorübergehend vollbracht.

Sodann trat der Kollegium in die Beratung über „Die Neuorganisation des städt. Land- und Fortwirtschaftswesens“ ein. Bürgermeister Sorkmann begründete die Vorlage, wonach die Verwaltung der städt. Land- und Fortwirtschaftlichen Angelegenheiten in einer Gemeindefassung festgelegt und einem „Ausschuß für Land- und Fortwirtschaft“ übertragen wird. Trotz der Unrentabilität hält er die Weiterführung der Gutswirtschaft, die sich zukünftig hauptsächlich der Milchproduktion zuwenden sollte, für notwendig. — Die anschließende Debatte brachte eine überaus sachliche Kritik und beachtenswerte Fingerzeige für die zukünftige Wirtschaft. Wer eine Schimpferei oder bodenlose Kritik, wie sie sich z. B. schon so oft im Karlsruher Sensationsblatt, dem „Reisden-Anzeiger“, vorfindet, erwartete, sah sich angenehm enttäuscht. Im Namen des Stadtvorordneterkollegiums empfiehlt Stadtv. Gen. Glöckner die Vorlage. — Stadtv. Feini (Dem.) ist für Verbehalten der Gutswirtschaft im Interesse der Milchversorgung für Kranke und Kinder. Wenn die städt. Gutswirtschaft gegenüber den Gewinnen der privaten Landwirtschaft Defizit herauswirft, so ist zu berücksichtigen, daß die Gutswirtschaft ihre Produkte nicht zu Marktpreisen absetzen konnte. Ein großer Fehler lag im Organisationsplan.

Für die sozialdemokratische Fraktion sprach Stadtv. Gen. Wöhrer. Auch er ist Kritik am bisherigen Organisationsplan. Den Verwaltung ist mehr Eigenverantwortung zu lassen und der Direktor sollte einen Sitz auf dem Ratshaus haben. Ein verhältnismäßiges Zusammenarbeiten aller Parteien, das bisher gegeben hat, ist erforderlich. Es dürfen keine Unterlassungen auf Kosten der Umlagezahler vorkommen. Die Mißwirtschaft stand oft in hoher Warte. Eine Aufrechterhaltung der Schweinezucht ist im Interesse der Milchversorgung der städt. Anstalten notwendig. (Beifall bei den Soz.) — Stadtv. Braun (Ztr.) sprach vom Standpunkt des praktischen Landwirts und gab eine Fülle von Anregungen. Er findet den Milchpreis für den Verbraucher zu niedrig bemessen. Der Zustand der zum Gutsschuß Müller gehörigen Ferkel ist ein ertrudlicher und verdient volle Anerkennung.

Stadtv. Gen. Kottler sprach besonders das Fortwiesem und kritisierte den schlechten Zustand der Gemeindevorhaben und das eigenmächtige Verhalten des Fortwiesewalters, wodurch die Darländer Landwirte nicht einmal Laubdüren erhalten können. Mit warmen Worten wandte sich Redner zum Schluß gegen die bündelweise Vergütung der Waldhüter. — Stadtv. Köhler (M. S. P.) stimmt den Ausführungen des Stadtv. Gen. Feini (Dem.) zu und erklärt sich für die Vorlage. — Stadtv. Gen. Wöhrer übte Kritik an der Holzsaubereitungs im Müppurrer Wald und verlangte förtige Erhellung von Wasserleitungen für die verschiedenen Reingartenanlagen. Sodann legte Gen. Feini in weitläufigen Ausführungen die Stellungnahme zur städt. Gutswirtschaft vom sozialistischen Standpunkt aus dar. Die kapitalistische Gesellschaft ist, wie der Fall der Karlsruher Bäder beweist, nicht in der Lage, die Abwässerungsmittelversorgung durchzuführen, deshalb muß diese durch die Kommune, auch durch Eigenproduktion geschehen. Das Kommunalisierungsgesetz bietet dazu die beste Handhabe. (Beifall.)

Direktor Wöhrer hat verschiedene Einwendungen auf, insbesondere über den Beschäftigungszustand. Während seinen Ausführungen stellen, da es mittlerweile 1/8 Uhr geworden ist, die Fraktion der Sozialisten ein. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 17. April. Standalöse Melhshiebung Karlsruher Bädermeister. Die amtliche „Karlsruher Zeitung“ meldet: Die Beamten des Landespreiskontes Karlsruhe sind umfangreichen Melhshiebung auf die Spur gekommen. Der Sachverhalt ist kurz folgender:

Eine größere Anzahl Karlsruher Bädermeister hat Weizenmehl, das diesen vom Kommunalverband zur Versorgung der Bevölkerung zugewiesen wurde, anstatt seiner Bestimmung zuzuführen, an einen Agenten namens Werner und einen Konditoreiassistenten namens Thum verkauft. Das Mehl wurde von hiesigen Konditoren verwendet. Es konnten noch 36 Doppelzentner beschlagnahmt werden. In der Schiebung sind, soweit bis jetzt festgestellt, 13 Bädermeister beteiligt. Verhaftet hierwogen sind 4 Personen. Die Prüfung sämtlicher Bädermeister und Konditoren durch Beamte des Landespreiskontes wird fortgesetzt.

Diese standalösen Machenschaften der betreffenden Bädermeister sind wahrhaftig dazu angetan, noch mehr Empörung in der Brotversorgung hervorzurufen und lassen das ungeschuldete Getue der Karlsruher Bädermeister, das sie in letzter Zeit an den Tag legen, in einem fonderbaren Maße erscheinen. Angehts dieser Vorgänge müssen wir denn doch fragen, warum hat man immer wiederkehrenden Forderung der freiorganisierten Bädergehilfen und des Gewerkschaftsartells, daß die Bädermeister nur gemischtes Brotmehl erhalten sollen, nicht erfüllt? Die Angefallten waren am besten in der Lage, über die „Geheimnisse der Backstube“ Bescheid zu wissen, aber ihre Stimme wurde an maßgebender Stelle weniger beachtet wie die der Innungsherren. Soffentlich zieht man nun endlich die erforderliche Lehre daraus.

Brotversorgung und Arbeiterschaft.

Der Ortsausschuß Karlsruhe des Allgem. deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftsartell) befaßte sich in seiner Generalversammlung am 15. April mit der Brotversorgung bzw. Beschaffenheit des Brotes und nahm folgenden Beschluß an, welscher der Regierung sowie dem Karlsruher Stadtrat übermittelt wurde:

Die Arbeiterschaft bringt durch ihre Organisationsvertreter zum Ausdruck, daß sie nicht getvillt ist, weiterhin mit dem kaum genießbaren Brot, das seit einiger Zeit der Bevölkerung geliefert wird, zufrieden zu sein. Mit Genugtuung nahm der Ortsausschuß Kenntnis von den Schritten des Ministeriums und bittet daselbe, nachdrücklich auf eine Änderung dieser gesundheits-schädlichen Brotverhältnisse bei der Reichsregierung einzutreten. Wir möchten das Ministerium darauf hinweisen, daß die Arbeiterschaft unter diesen Verhältnissen, das heißt, bei dem Mangel an Arbeitsstellen, nicht auch noch mit ungenießbarem Brot leben bzw. arbeiten kann, und geben anheim, diesen feilen Entschluß der Arbeiterschaft der Reichsregierung in allem Ernste vor Augen zu halten.

Sollte nicht umgehend eine gesunde Änderung herbeigeführt und auch nicht durch die nötigen Maßnahmen derzeitigen Verhältnissen in Zukunft vorgebeugt werden, so übernimmt der Ortsausschuß Karlsruhe keine Verantwortung dafür, daß die Arbeiterschaft zufrieden ihre Arbeit weiterführt.

Sozialdemokratische Bürgerausschußfraktion. Heute mittag 4 Uhr Bürgerausschußsitzung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung, „Änderung des Straßenbahn-tarifs“, erfordert das vollzählige Erscheinen der Fraktionsmitglieder.

W. Touristenverein „Die Naturfreunde“. Es sei nochmals auf den heute abend stattfindenden Familienabend in den „Drei Linden“ in Mühlburg mit geistlichen, musikalischen und humoristischen Darbietungen hingewiesen. Anschließend Ball. Dazu ist jeder freundlich eingeladen.

K. Verammlung der Betriebsräte der öffentlichen Dienststellen. Die Obleute und Vertreter der einzelnen Betriebsräte der Angestellten beim Staat, Stadt, Post und militärischen Dienststellen hatten sich Montag abend, den 12. ds. Mts. in der „Goldenen Krone“ zur Bildung eines Zentralrates der Angestellten beim Staat, Stadt, Post und militärischen Dienststellen zu sammengefunden, wozu die kaufmännischen Organisationen, ihre Vertreter entsandten. Der so zahlreiche Besuch und die einsetzende Schwärzung und Beratung der zum Teil noch jüngerlichen Verbände bei ellischen Dienststellen brachte den Beweis der Notwendigkeit einer einheitlichen Regelung der wirtschaftlichen Lage dieser Angestellten. Zum Teil auch gezwungen durch die vielfach bestehenden Organisationen im kaufmännischen Bereich wurde es im Laufe der Zeit immer klarer, daß etwas geschehen werden muß, um endlich die Geschlossenheit der Angestellten in dieser Betriebe zustande zu bringen. Der Zentralrat wurde konstituiert und Kollege Diesch zum Vorsitzenden gewählt. Einmütig wurde dem Zentralrat übertragen im Verhältnis mit den bestehenden Organisationen für sämtliche Angelegenheiten dieser Verbände eine möglichst einheitliche, menschenwürdige Bezahlung herbeizuführen, Ertragung der Kosten der Angestellten- und Krankenversicherung durch die Behörden; bei Umlageübernahme Berücksichtigung der Beamtenschaft unter Ausdehnung der militärischen Dienststellen, sowie unbedingte Beibehaltung der durchgehenden 8-tägigen, 12stündigen Arbeitszeit mit Entschädigung der vierstündigen wöchentlichen Mittagspause. Für die Angestellten der Post wurde unbedingt gefordert, daß dort ähnlich den militärischen Dienststellen hinsichtlich nicht mehr Verzu für die Bekleidung der Bekleidung usw. dieser Angestellten zukünftig sein soll, sondern Bader. (Finanzministerium oder Oberpostdirektion.)

Alle Anfragen sind zu richten: an den Zentralrat der Angestellten beim Staat, Stadt, Post und militärischen Dienststellen, Eröpzingenstr. 17, Karlsruhe.

Hoffentlich werden die Angestellten aus ihrer ganzen wirtschaftlichen Lage die nötigen Konsequenzen ziehen und sich dem Zentralverband der Angestellten anschließen. Die Ansicht, daß der Betriebsrat um alles Bewerkstelligen solle und die gewerkschaftliche Organisation überflüssig werde, ist falsch, jeder Angestellte gehört deshalb in den Zentralverband der Angestellten.

Die Handelskammer Karlsruhe gibt bekannt, daß Anweisungen von Viebzugaden amerikanischer Angehöriger auf die American Relief Administration Warcbau, Hamburg 1, Ferdinandstr. 58, von dieser selbst erledigt werden. Erforderlich ist die Einbringung der von den Empfängern eigenhändig unterzeichneten Food Drafts nebst einer Anweisung, an welche Adresse die Sendungen abgeschickt werden sollen.

Landestheater. Als zweite Gastrolle auf Engagement spielt Herr Rudolf Häber vom Stadttheater in Augsburg den Gottfried in der heutigen Vorstellung von Wilgams Armut.

Fußball. Morgen Sonntag, treffen sich im letzten Liga-Bandspiel auf dem Sportplatz an der Konigsplatz die ersten Mannschaften des Fußballklub Mühlburg und der Spielvereinigung Freitrag.

Verein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Im Anschluß an den Vortrag des Gen. Stv. Wöhringer am letzten Donnerstag über Kunst und Kunstgenuss durch die Jugend findet morgen, Sonntag, 18. April, wieder eine Führung durch eine Ausstellung der Gemäldegalerie statt. Führer ist Lud. v. S. Kasper, der auch die erste Führung leitete und dessen begleitender Vortrag viel zum besseren Verständnis des Gesagten beitrug. Die Jugendgenossen und Jugendgenossinnen werden erlucht, sich zahlreich zu dieser Veranstaltung einzufinden. Treffpunkt um 1/11 Uhr morgens vor dem Haupteingang der Galerie.

Sozialdemokratische Partei. Bezirk Südtal. Heute Samstagabend 7 1/2 Uhr findet im Restaurant „Prinz Ludwig“ eine Kappelerfeier und Werberfeier, eine Komitee-Sitzung statt. Tagesordnung: Vespredung der Reichstagswahlen. Für die umfangreichen Vorarbeiten zur Wahl müssen wir uns die Mitarbeit vieler Genossen sichern. Auch solche, die heret sind, sich in den Dienst der Sache zu stellen, sind dabei herzlich willkommen.

Sozialdemokratischer Verein — Bezirk Rappurr. Am Mittwochabend 8 Uhr findet im „Jahringers Löwe“ eine Versammlung statt. Tagesordnung: 1. Reisebericht, 2. Vortrag mit Aussprache: Der Kapp-Putsch und sein Resultat. Redner ist der Parteisekretär Gen. Trinks. Die Kommunistenmitglieder werden erlucht, die Genossen in ihren Bezirken zum Versammlungsbuch aufzumuntern. Die Reichstagswahl steht vor der Tür, es ist jetzt keine Zeit zum Schlaf!

Angestellten-Versammlung. Auf die am 19. April d. J. nachmittags 1/2 Uhr im Saal 3 Schrempf, Waldstraße, stattfindende öffentliche Versammlung der Angestellten bei den militärischen Dienststellen — Thema: Wabau der Jubiläumsgelände — Referent Max Wörner — sei hingewiesen. (S. Inserat.)

Arbeiter-Sportfest. Am kommenden Montag, 19. April, wird das städt. Bierordnbild wieder eröffnet. Der Montagabend bleibt als Badeabend für das Kartell weiter bestehen. So die Verhandlungen über den Badepreis noch nicht abgeschlossen sind, findet vorläufig kein Badeabend statt. Der Ergebnis der Verhandlungen wird den Vereinen sofort zugehen.

Na. Das Schwimmbad im städtischen Bierordnbild, das wegen Mangel an Wasser über die Wintermonate geschlossen wurde, ist ab Montag, 19. April, wieder geöffnet. Dadurch wird einem stark empfundenen Bedürfnis der Bevölkerung, dem durch den Anstieg der Verhältnisse eine Zeitlang nicht Rechnung getragen werden konnte, entsprochen. Die Badeverwaltung hat diese Zeit benützt, um die Halle wieder vollständig neu herzurichten, und die Besucher werden von dem veränderten Aussehen angenehm überrascht sein. Näheres über die Badezeiten im Anzeigenenteil des Blattes.

Sonntagsdienst der Apotheken. Friedrichs-Apotheke, Durlacher Allee, Ecke Stenbstraße. Tel. 2762. Internationale Apotheke, Marktplatz, Kaiserstraße 80. Tel. 438. Griechische Apotheke, Griechische Straße, Ecke Amalienstraße. Tel. 1400. Rheinische Apotheke, Mühlburg, Rheinstraße 41. Tel. 1302. Karlsruher Apotheke, Südtal, Werberplatz, Marienstraße, Ecke Werberstraße. Tel. 1245.

Veranstaltungen.

Lichtbildvortrag des Verkehrsvereins. Der Verkehrsverein veranstaltet morgen Sonntag, den 18. ds. Mts., vormittags von 11—1 Uhr im Residenz-Theater, Waldstr. 80, zwei Lichtbildvorträge, die großes Interesse erwecken dürften. Zunächst spricht Herr Ober-Bauinspektor Schuler vom städt. Murgkraftwerk in Forbach, ein vorzüglicher Kenner der gesamten Anlage, über den Bau und Betrieb des Werkes und seine Verkehrs- und wirtschaftspolitische Bedeutung für unser Land und unsere Stadt und sodann der Schriftführer des Vereins über Schulfilme und Schulfilmarchiv unter Vorführung eines Musterfilms von Finnland. Jedermann ist zu den Vorträgen eingeladen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Colosseum. Das Kölner Poffen-Ensemble Schütz-Weißmüller wird heute Samstag, 17. April, zum letzten Mal die Poffe „Die gute Partie“ geben. Ab morgen Sonntag, 18. April, mit 2 Vorstellungen 4 und 8 Uhr und folgende Tage bis 24. April kommt der große Nachschlager „Moritz mit dem Himmel“, Musikschwan in 3 Akten, zur Aufführung. Colosseumkasse täglich von 11—12 1/2 Uhr geöffnet.

Valuta-Bericht vom 16. April.

Der Kurs der Mark fehle seine Abwärtsbewegung heute fort und notierte in der Schweiz etwa 875 Ctm. Anzahlung: Holland notierte etwa 2370 M per holl. Gulden, Schweiz notierte 1150 M per schw. Fr., England 255 M per Pfd. Sterling, Frankreich 385 M per frz. Fr., Neuyork 64 M per Dollar.

Briefkasten der Redaktion.

Saratov 13. Wie find leider nicht in der Lage, Ihnen die gewünschte Auskunft geben zu können. Auch unsere Erkundigung bei der Bahn war erfolglos.

Schriftleitung: Georg Schöpslin, Verantwortlich; für Artikel, Redaktionen, Briefe und Besuche Hermann Rabel; für Redaktionen, Briefe, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heftchen Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Steff; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe-Mühlburg. (Gemischter Chor „Bruderbund“.) Montag, 19. April ds. J., abends 1/8 Uhr, Singstunde im Lokal „Wirteneberer Hof“, Mühlstr. 28. Erscheinen aller Sängereinnen und Sängere unbedingt erforderlich. Neue Sängereinnen und Sängere stets willkommen. Der Vorstand.

Durlach. (Naturfreunde.) Erlaubnisfeier ins Pfingstfest. Führung Herr Hauptlehrer Casper. Abmarsch punkt 1 Uhr vom Wasserwerk. Montag, 19. April, abends 8 Uhr, Versammlung der Musikabteilung im Lokal zum „Goldenen Löwen“. Vollzähliges Erscheinen sämtlicher Mitglieder der Musiksektion, sowie derjenigen, die sich noch beteiligen wollen, wird erwartet. 3000 Der Obmann.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Max Lorenz, B. Lorenz, Krzberger, Buchbindermeister, Hilba, B. Ludwig Klingler, Tapezier, Hans Erich, B. Ludwig Klein, Elektromonteur, Frieda, B. Joh. Greijerlein, Kaufmann, Maria Christine, B. Herm. Eich, Buchunternehmer, Geria Anna Augusta, B. F. Streubühr, Kellner, Maria Magdalena, B. Otto Zimmermann, Kochschlichter, Robert Theodor, B. Rob. Gramlich, Ref.-Führer, Friede Amalie, B. Karl Kern, Buchdrucker, Faber, B. Faber Graf, Wirt, Berta Luise, B. Otto Mai, Kaufmann.

Eheverlobte. Karl Gajfert von Bilsheim, Kaufmann hier, mit Theresia Weber von Stupferich, Edmund Falk von Baden-Baden, Verm. Assistent hier, mit Paulina Gaupp von hier, Otto Kempf von Liefenbach, Bahnarbeiter hier, mit Katharina Ehrenpreis von Mannheim, Anton Rutschmann von Elm, Postkassierer hier, mit Rosina Keel von Kesselfried, Paul Friedrich Hans Debrient von Winden, Handlungsgehilfe hier, mit Emma Huber von hier, Richard Köhler von Leipzig, Musikalienhändler hier, mit Katharina Puh von Stuttgart, Hugo Leuser von Bönnigheim, Kaufmann in Gaggenau, mit Anna Schüle von Bötzingen.

Eheschließungen. Alfred Schob von Bittenberg, Ingenieur in Berlin-Steglitz, mit Margarete Sch von Bremen, Lub. Böller von Baden, Kaufmann hier, mit Hedwig Lindenmann von Etterheim, Hermann Maier von hier, Mechaniker-Meister hier, mit Anna Kaufmann von hier, Albert Maeyer junger von hier, Valerm. hier, mit Irma Eichholz von hier, Wilh. Hugel von Ubersbach, Schlosser hier, mit Luise Ritter von hier, Jodel Finkelshtein von Odessa, Kaufmann hier, mit Anna Putran von Odessa, Fridolin Müller von Altheim, Kaufmann hier, mit Anna Ott von Durlach, Otto Koch von Reudorf, Tel.-Schr. hier, mit Berta Krafft von Colmar, Adolf Weiß von Wöhler, Hauptlehrer in Zell-Weierbach, mit Ella Briegel von Basel, Franz Weber von Speyer, Schuhmacher hier, mit Christine Meyer von Oberstadt, Wilh. Jörger von Stollhofen, Postauswärtiger hier, mit Marie Kull von Döbel, Joh. Streitel von Friesenheim, Koch hier, mit Anna Kull von Gerrenalb, Hermann Schöck von hier, Schriftsetzer hier, mit Rosa Kirchenbauer von Langenlinsbach.

Todesfälle. Wilhelm Fröh, Postkassierer, Ehemann, alt 38 Jahre, Max Flechtner, Geschäftsinhaber, Ehemann, alt 66 J., Anna Gartner, alt 44 J., Ehefrau von Josef Gartner, Reichsbankgeldhändler.

Zerrissene Strümpfe und Socken

werden wie neu wieder hergestellt, nach anerkannt besten Methoden auf besonderen Spezialmaschinen!

Strumpf-Groß-Erneuerungsanstalt
Rudolf Wieser, Kaiserstr. 153.

Wasserstand des Rheins.
Schutterinsel 135, gef. 3; Rehl 234, gef. 4; Ragau 406, gef. 2; Mannheim 312 Meter, gef. 4 Zentimeter.

Ad. Hepting, Dentist
Karl-Friedrichstraße 19/11, am Rondellplatz, Telefon 3311.
Sprechstunden für Zahnkranke von 9—12 und 2—6 Uhr.

Rastatt. Residenz-Theater
Nur Bahnhofstr. Nr. 6.
Der größte Detektivschlager
„LEPAIN“.
spielt noch heute und Sonntag.
Von Montag bis Samstag:
Das grosse Filmwerk
„Madame Dubarry“
Der größte Weltschlager der heutigen Zeit mit 3300
Pola Negri.
Spielzeit: Wochentags von 6 1/2—11 Uhr
Sonntags von 3—11 Uhr.
Ohne Preiserhöhung.
Verstärktes Künstler-Orchester.

Durlacher Anzeigen.
Konsum-Verein für Durlach und Umgegend.
Eingetragene Genossenschaft m. beschr. Haftung.
Einladung
zu der am 18. April 1920, nachm. 2 Uhr, im großen Saal zum „Grünen Hof“ in Durlach stattfindenden
Halbjahr-General-Versammlung

General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates über das erste Geschäftsjahr 1919/20.
2. Vortrag über: Die fortgeschrittene Entwertung der Zahlungsmittel, deren Einfluss auf das Wirtschaftsgeschehen und die Genossenschaft. Referent: Geschäftsführer Ziegler.
3. Änderung des § 10 Ziffer 1 des Statuts.
4. Änderung des § 33 Abs. 1 des Statuts.
5. Wahlen und Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat.
Statutengemäß scheiden aus die Genossen: Böhm, Frohmüller, Frey und Eifling. Die Auscheidenden sind wieder wählbar. Für Genosse Oeder ist eine Ergänzungswahl vorzunehmen.
Der Aufsichtsrat:
A. A. Chr. Dahn
Vorsitzender.

Abgabe von Hülsenfrüchten.

Wir haben noch eine größere Menge Erbsen und Bohnen auf Lager, welche wir an die Bevölkerung hiesiger Stadt abzugeben beabsichtigen. Diejenigen Familien, welche gelonnen sind, sich von diesen Hülsenfrüchten auf Vorrat zu legen, werden aufgefordert ihren Bedarf bis zum 22. ds. Mts. schriftlich oder mündlich bei unserer Geschäftsstelle in der Schloßstraße anzumelden. Die Abnahme der bestellten Hülsenfrüchte kann ratenweise erfolgen.
Der Preis für ein Pfund Erbsen beträgt 3.15 M und für ein Pfund Bohnen 3.40 M.
Durlach, den 16. April 1920. 981
Kommunalverband Durlach-Stadt.

Offenburger Anzeigen.

Brennholz-Versorgung.
Die Fortsetzung der Beschaffung des bei der Stadtgemeinde bestellten Holzes und der Bellen findet in der früh. Mühlzentrale (Rückmarkt) jeweils von 8—1/2 Uhr und von 2—5 Uhr statt. An die Reihe kommen am
Montag, den 19. ds. Mts.
Werberstr., Philosophenweg, Wilhelmstr., Jahringestr., Brunnlesweg, Friedenstr. und Friedr. str.
Dienstag, den 20. ds. Mts.
Silbstr., Raubenindle, Quisenstr., Rühlbüchel, Hammersteierstr., Schillerstr., Sophienstr., Turmhallestr. und Jellerstr.
Mittwoch, den 21. ds. Mts.
Anlagen, Blumenstr., Bühlerstr., Kirchpl., Nüfergasse, Löhstr., Odenstr., Koffstr., Rheinstr., Rosenstr., Turmstraße, Wilschstr. und Volkstr.
Die Abgabetermine des Holzes werden noch besonders bekannt gegeben.
Offenburg, den 17. April 1920. 968
Stadttrat.

Broterzeugung.
In der Woche vom 19.—25. April sind die Brotmarken Reihe C2 gültig. Die Bäcker dürfen auf andere Marken Brot nicht abgeben.
Offenburg, den 16. April 1920. 979
Stadt. Lebensmittelamt.

Bruchsaler Anzeigen.
Saatkartoffeln.
Am kommenden Montag, den 19. ds. Mts., nachmittags von 2 Uhr ab werden in der Stadt. Ode- und Odenstraße (Verkauf) an die hiesigen Käufer des Erzeugnisses und der großen Kilmend
holländische Saatkartoffeln.
abgegeben. Der Preis beträgt 0.40 M pro Pfund und ist bei der Abgabe sofort zu entrichten.
Bruchsal, den 16. April 1920. 976
Die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Bruchsal-Stadt.

Kartoffelverkauf.
Am kommenden Montag, den 19. April d. J., vormittags von 8—12 Uhr werden nochmals holländische Saatkartoffeln gegen die gleiche Menge einheimischer Kartoffeln und Anzahlung von 20. Pf. pro Pfund imgetauscht.
Bruchsal, den 16. April 1920. 977
Die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes Bruchsal-Stadt.

Allg. Ortskrankenkasse Bruchsal. Bekanntmachung.

In Ausführung der vom Kassenausschuss beschlossenen und vom Oberberufungsamt genehmigten Beitragsleistung auf 7% des Grundlohns und in Vollzug der Verordnung über Herabsetzung des Grundlohns und Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung vom 1. April 1920 (Reichsgesetzblatt Seite 433) sind ab 19. April 1920 bei unserer Kasse folgende Lohnstufen und Beiträge maßgebend:

Zur Krankenversicherung				Zur Invalidenversicherung		Wöchentliche Abzüge am Lohn der Versicherten für Kranken- und Invalidenversicherung zusammen
Bei einem wirklichen Arbeitsverdienst pro Tag	Grundlohn	Lohnstufe	Beiträge pro Woche 7% vom Grundlohn	Lohnklasse	Beiträge pro Woche	
			Im Ganzen	Anteil des Mitglieds 1/2	Anteil des Arbeitgebers 1/2	
bis 1.50	1.—	1	42	28	14	1
1.51 — 2.50	2.—	2	84	56	28	3
2.51 — 3.50	3.—	3	126	84	42	4
3.51 — 4.50	4.—	4	168	112	56	5
4.51 — 5.50	5.—	5	210	140	70	5
5.51 — 6.50	6.—	6	252	168	84	5
6.51 — 7.50	7.—	7	294	196	98	5
7.51 — 8.50	8.—	8	336	224	112	5
8.51 — 9.50	9.—	9	378	252	126	5
9.51 — 11.—	10.—	10	420	280	140	5
11.01 — 13.—	12.—	11	504	336	168	5
13.01 — 15.—	14.—	12	588	392	196	5
15.01 — 17.—	16.—	13	672	448	224	5
17.01 — 19.—	18.—	14	756	504	252	5
19.01 — 21.—	20.—	15	840	560	280	5
21.01 — 23.—	22.—	16	924	616	308	5
23.01 — 25.—	24.—	17	1008	672	336	5
25.01 — 27.—	26.—	18	1092	728	364	5
27.01 — 29.—	28.—	19	1176	784	392	5
29.01 und höher	30.—	20	1260	840	420	5

Die Beiträge der Versicherten stellen sich nach Inkrafttreten obiger Sätze folgendermaßen:

Lohnstufe	Krankengeld		Hausgeld		Wohngeld		Familienversicherung	
	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche	pro Tag	pro Woche	Sterbegeld für Ehefrau	Sterbegeld für ein Kind
1	—75	4.50	—27 1/2	2.25	—75	5.25	20.—	10.—
2	1.50	9.—	—75	4.50	1.50	10.50	40.—	20.—
3	2.25	13.50	1.12 1/2	6.75	2.25	15.75	60.—	30.—
4	3.—	18.—	1.50	9.—	3.—	21.—	80.—	40.—
5	3.75	22.50	1.87 1/2	11.25	3.75	26.25	100.—	50.—
6	4.50	27.—	2.25	13.50	4.50	31.50	120.—	60.—
7	5.25	31.50	2.62 1/2	15.75	5.25	36.75	140.—	70.—
8	6.—	36.—	3.—	18.—	6.—	42.—	160.—	80.—
9	6.75	40.50	3.37 1/2	20.25	6.75	47.50	180.—	90.—
10	7.50	45.—	3.75	22.50	7.50	52.50	200.—	100.—
11	8.—	48.—	4.—	24.—	8.—	56.—	220.—	110.—
12	10.50	63.—	5.25	31.50	10.50	73.50	280.—	140.—
13	12.—	72.—	6.—	36.—	12.—	84.—	320.—	160.—
14	13.50	81.—	6.75	40.50	13.50	94.50	360.—	180.—
15	15.—	90.—	7.50	45.—	15.—	105.—	400.—	200.—
16	16.50	99.—	8.25	49.50	16.50	115.50	440.—	220.—
17	18.—	108.—	9.—	54.—	18.—	126.—	480.—	240.—
18	19.50	117.—	9.75	58.50	19.50	136.50	520.—	260.—
19	21.—	126.—	10.50	63.—	21.—	147.—	560.—	280.—
20	22.50	135.—	11.25	67.50	22.50	157.50	600.—	300.—

Wir bitten die Herrschaften, damit die Herren Arbeitgeber in der Lage sind, die auf die Versicherten entfallenden Beiträge rechtzeitig in Vollzug zu bringen, Tabellarische Übersichten sind nach deren Fertigstellung auf der Kassenverwaltung unentgeltlich zu haben.

Im Vollzug der neuen Verordnung sind die Arbeitgeber gehalten, den Kassen neue Lohnangaben nach den zur Zeit bestehenden Löhnen zu erstatten, zu welchem Zweck wir denselben in den nächsten Tagen entsprechende Lohnanzeigen zur Ausfüllung zugehen lassen werden. Die nicht rechtzeitige oder unrichtige Erhaltung der Lohnanzeigen ist unter Strafe gestellt.

Den Kassennmitgliedern ist zu empfehlen, diese Bekanntmachung anzuschauen und aufzubewahren.
Bruchsal, den 13. April 1920. 2944

Der Kassenvorstand:
F. Poloch, Vorsitzender. E. Schürer.

Gewerbeschule Karlsruhe.

Das neue Schuljahr beginnt
Montag, den 19. April 1920.

Die Gewerbeschule umfasst:

1. Die Pflichtschule der Lehrlinge Gesellen und Gehilfen beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren.
2. Die fachtheoretischen und praktischen Fortbildungskurse (freiwilliger Schulbesuch) für Lehrlinge im 4. Lehrjahre (Tages- oder Abendunterricht).
3. Die Gesellen- und Gehilfen-Fachschulen mit Ganztagsunterricht.
4. Die Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung.
5. Die Meisterfortbildungskurse.

Zu Riffer 1. Pflichtschule.

Am 19. April haben sich die neu eintretenden Schüler vormittags 8 Uhr und die Schülerinnen nachmittags 2 Uhr unter Vorlage des letzten Schulzeugnisses, mit Schreibmaterial versehen, im

Gewerbeschulgebäude, Adlerstr. 29, angemeldet.

Personliches Erscheinen ist nötig, auch wenn bereits schriftliche oder mündliche Anmeldung erfolgt sein sollte.

Zur Einweisung in die Klassen und zur Bekanntgabe des Stundenplanes haben zu erscheinen: am 20. April, vorm. 8 Uhr, die Schüler und nachm. 2 Uhr die Schülerinnen sämtlicher zweiten Klassen, am 21. April, vorm. 8 Uhr, die Schüler und nachm. 2 Uhr die Schülerinnen sämtlicher dritten Klassen.

Nach dem Ortsstatut über den Besuch der Gewerbeschule Karlsruhe sind mit Ausnahme der Wäcker, Metzger und Bierbrauer alle in den übrigen Gewerben hiesiger Stadt (Karlsruhe, Mühlburg, Beiertheim, Müppurr, Grimwinkel, Dörlanden, Bittheim) beschäftigten Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge) beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren verpflichtet, die Gewerbeschule als Pflichtschüler zu besuchen.

Nach § 12 der Verordnung vom 20. Juli 1907 haben die Arbeitgeber die zum Besuche der Gewerbeschule verpflichteten Arbeiter und Arbeiterinnen beim Eintritt in die Arbeit oder sehr binnen 8 Tagen zum Schulbesuch anzuweisen.

Arbeitszeit oder Beginn der Arbeit oder Lehre im Geschäft der Eltern entbinden nicht von der Anmeldepflicht.

Der freiwillige Besuch der Gewerbeschule betrifft vom Besuch der allgemeinen Fortbildungsschule.

Zwangsmaßnahmen gegen statutarische Bestimmungen des Ortsstatuts werden durch das Bezirksamt nach § 3 des Gesetzes vom 18. August 1904 mit Geldstrafe bis zu M. 20.— und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft.

Zu Riffer 2, 4 und 5:

Es ist beabsichtigt, alle die Kurse wieder einzurichten, die im abgelaufenen Schuljahr beendeten haben. Auch ist in Aussicht genommen, für Volksschulentslassene Knaben, die sich dem Handwerk widmen wollen, aber vorläufig keine Stellstelle finden konnten, einen Ganztagsunterricht einzurichten.

Kursdauer 8. Mai bis 31. Juli.

Anmeldungen werden bis zum 24. April, täglich nachmittags zwischen 4 und 6 Uhr, auf der Kanzlei der Gewerbeschule entgegengenommen. Jede weitere Auskunft erteilt die Schulleitung.

Der Vorstand.

Statt besonderer Anzeige.
Den **Verlobten** empfehlen sich
Hols-Gutmann
Möbelgeschäft
Kaiserstrasse 109 Telefon 401
Besuchszeit täglich 8-6.

Einiges über das Pfeifenrauchen.



Verlangen Sie das interessante Schriftchen, welches kostenlos in allen einschlägigen Geschäften aufliegt.

Möbel
Schlafzimmer, Speisezimmer
bzw. Wohnzimmer, Herrenzimmer, Küchen, alle Sorten Einzeilmöbel
in großer Auswahl u. zu billigsten Preisen bei freier Lieferung auch nach auswärt.

Möbelhaus Gebr. Bär
Kaiser-Karlsruhe Eingang Adlerstr. 115
Fernsprecher 4997
Reserve-Magazin: Kaiserstr. 48 und 111, Zähringerstr. 80-82.
Kostenlose Aufbewahrung sowie Besichtigung ohne Kaufzwang gestattet.

„Nissin“
gegen Kopfläuse
Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Verfeigerung von Verkaufsplätzen.

Die Plätze für den Verkauf von Backwaren, Obst, Blumen u. dergl. auf den öffentlichen Plätzen und Straßen der Stadt sollen gegen Sächsigebot vergeben werden.

Angebote, welche den gewünschten Platz und die Art der zum Verkauf kommenden Waren enthalten müssen, sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis längstens Mittwoch, den 28. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, beim städt. Markt- und Messamt, Rathaus 4. Stock, Zimmer 170, woselbst die Versteigerungsbedingungen und das Verzeichnis der bezüglichen Plätze eingesehen werden können, einzureichen.

Die Wahl unter den Anbietern bleibt ausschließlich vorbehalten.
Karlsruhe, den 9. April 1920.
Städt. Markt u. Messamt.

Pferdefleisch-Verkauf.

Einführung der Marke 4.

Serie C, gelbe Karten, Verkaufsstelle: Rheinstraße 46.
Samstag, 17. April 1920. Nr. 20 801-22 100
Kopfmenge: 125 Gramm Fleisch oder Würst.
Karlsruhe, den 16. April 1920. 973
Städt. Fleischamt.

Lebensmittel-Verteilung

in der Woche vom 17.-25. April 1920.

1. Eierkuchen 125 gr zum Preise von 60 A gegen die Marke A Nr. 136.
2. Manioca 250 gr zum Preise von 2.13 A gegen die Marke B Nr. 136.
3. Erbsen 500 gr zum Preise von 4.60 A gegen die Marke C Nr. 136.
4. Hülsenfruchtmehl (Bohnen und Linsenmehl) 150 gr zum Preise von 1.20 A gegen die Marke D Nr. 136.
5. Nondensierte Milch 1 Dose gegen die Hausmarken A Nr. 101, 2 Dosen gegen die Hausmarken B Nr. 101. Preis 8 A für 1 Dose.
6. Zuder 300 gr gegen die Zudermarken 136. Preis 1.38 A für 1 Pfund gem. Zuder.
7. Fett 250 gr zum Preise von 9 A gegen die Sondermarken C und D Nr. 136 in den Metzgerei- und Wurstereigeschäften am Mittwoch, den 21. April 1920.
8. Fett Kopfmenge 150 gr Margarine zum Preise von 8.20 A für das Pfund, gegen die Fettmarken C und D Nr. 136 und zwar in den Fettverkaufsstellen Nr. 1-62, Dienstag, den 20. April bis Donnerstag, den 22. April; Nr. 63-160, Donnerstag, den 22. April bis Samstag, den 24. April; Nr. 161-252, Samstag, den 24. April bis Dienstag, den 27. April 1920.
9. Fleisch laut besonderer Bekanntmachung.
10. Kartoffeln 2 Pfund zum Preise von 25 A für das Pfund gegen die Kartoffelmarken C Nr. 136 ohne Anhang, ab Mittwoch, den 21. April 1920.
11. Kartoffelerbsen 500 gr Bohnen zum Preise von 2.50 A gegen den Anhang der Kartoffelmarken C Nr. 136 in den allgemeinen Lebensmittelgeschäften.
12. Kinderernährmittel 1 Paket zu 250 gr zum Preise von 1.50 A gegen die Zusatzmarke für Kinderernährmittel A Nr. 136.

Die Verteilung der Waren erfolgt ab Dienstag, den 20. April 1920.

Frei für Abrechnung und Ablieferung der Marken: für Fett jeweils 2 Tage nach Ablauf der Verkaufszeit, für alle übrigen Waren Mittwoch, den 28. April 1920.

Für die Woche vom 20. April bis 2. Mai 1920 sind zur Verteilung vorgesehen:

Eierkuchen 125 gr; Manioca 250 gr; Reis 500 gr; Marmelade: neuer Kleinverkaufspreis 6.20 A f. d. Pfund. Neue Bestellungen der Kleinhändler sind durch die Großhändler bis zum 21. April 1920 einzureichen. Fett 125 gr. 969

Karlsruhe, den 16. April 1920.
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Herren-Hüte
werden gewaschen und modern umgeformt bei der 2613 Mittelbadischen Hutfabrik Schneider & Hanselmann Kriegstr. 70 nächst Ruppurestr.

Wer wagt - gewinnt!
192000 Mark a. w.
Frankf. Pferde-Lotterie
Los 5 Mk. - Ziehung bereits 12. Mal
Lose in allen Lotterie- u. Zigarrengeschäften zu haben oder vom General-Vertrieb für Baden: Bankhaus Carl Götz in Karlsruhe, Hebelstrasse 11/15.

Welt-Kino

Telephon 5448 Kaiserstrasse 133

Nur 4 Tage!
Samstag - Sonntag - Montag - Dienstag.

Der stumme Zeuge.

Sensationelles Detektivabenteuer in 5 Akten. Verfasst und inszeniert von

Harry Piel

In der Hauptrolle:
Elter Carena und Aruth Warten.

Unter vielen anderen spannenden und aufregenden Momenten u. Tricks, zeigt dieser Film eine tolle Verfolgungsjahrt in den Lüften, wo das eine Flugzeug dem anderen den Weg zu verlegen sucht. Ein verzweifelter Kampf findet in dem schwangenden Flugzeuge statt, der mit dem Absturz ins Wasser endet. usw. **Harry Piel**, der diesen Fall verfasst und in Szene gesetzt hat, bietet auch hier seinen vielen Verehrern wieder viel Neues und Staunenswertes.

Ausserdem das urgelungene detektivische Lustspiel

Der Dolch im Strumpfband

8 Akte.

Fahrräder Nähmaschinen
Fahrradbereitungen
in- und Auslandware
Alle Ersatzteile billigst
Fidellias Fahrrad- u. Nähmaschinenhaus
Friedr. Fries
Wilhelmstraße 35
Ecke Werderplatz.

Kaufe und verkaufe

getragene Kleidungsstücke, Uniformen, Schuhe, Hüten, Reichzeuge, Ferngläser, Musikinstrumente, altes Gold, Silber, Brillanten, einzelne Möbel, ganze Einrichtungen, Nähmaschinen, Fahrräder, Kassenschränke und anderes zu angemessenen Preisen
Ku- und Verkaufsgeschäft
Margrafenstraße 22 **Levy** Telephon 2015.

Union-Theater

Kaiserstrasse 211.

Nur 2 Tage! Nur 2 Tage!
Samstag, den 17. und
Sonntag, den 18. April

Der zweite Detektiv-Schlager der weltberühmten

Joe Deeks-Serie

Der Dolch des Malayen

Das australische Abenteuer des berühmten Detektivs Joe Deeks in vier Akten.

In der Hauptrolle:
Carl Auen als Joe Deeks

Die Okarina

Film-Drama in fünf Akten nach einem Roman 2981 von **Karin Michaelis**.

In den Hauptrollen:
Rudolf Lettinger, Conrad Veidt, Charlotte Böcklin.

Palast-Theater
Moderne **PT** Herrenstrasse 11
Lichtspielbühne **PT** Telephone 2502

Ab heute Samstag!

Die Gespenster von Garden-Hall

nach einem Roman aus dem Englischen bearbeitet von **Johannes Jühling.**

In den Hauptrollen:

Hermann Valentin, Erika Glässner, Bruno Eichgrün.

Der Bade-Ball

Lustspiel - 3 Akte. 2995

Musikalische Leitung: Kapellmeister Freudig.

Jhre Kragen

Manschetten Vorhemden

u. s. w. erhalten Sie in kürzester Zeit und zu den billigsten Preisen u. gebügelt in der

Dampfwaschanstalt

Albert Lau

Karlsruhe.

Annahmestellen: Scherrstrasse 10 a, Söfenstr. 13 (Laden), Waldhornstrasse 31 (Laden), Eing. Zähringerstr.

Neu eröffnet: Augartenstraße 37 (Laden).

Alle Ha. lunreinigkeiten beseitigt. Sie absol. sicher, selbst wenn alle anderen Mittel versagten, mit Sommersprossensalbe „extra stark“.

Grosser Topf M. 6.60 fr. Nachh. d. Apoth. Hopf, Stuttgart 22.

Flüchtlingsfürsorge-Geld-Lotterie

Ziehung 20. April 1920
2575 Gesamt- u. Haupttreffer

40000
20000
15000

Mark bar ohne Abz. Lose 1.10 Mk. Porto u. Liste 50 Pf. empfanglich

Lotterieunternehmen **J. Stürmer**

Mannheim 07, 11 fr. Strassburg L. E. u. alle Losverkäufer

Musik-Verein Karlsruhe
Gewerkschafts-Orchester Direktion: E. Leonhardt

1. Stiftungs-Fest

am kommenden Sonntag, den 18. April 1920
in den Räumen „Zur Walhalla“, Augartenstr.

Großes volkstümliches Konzert
mit darauffolgendem »Ball«

Beginn nachmittags 6 Uhr
Mitwirkung: Gesangverein Vorwärts, Humorist Badenia-Müller
Nichtmitglieder, Freunde und Gönner des Vereins sind
hierzu freundlichst eingeladen. Der Vorstand.

Genussreiche Stunden durch
schöne Hausmusik
verschafft ein

Harmonium

Reiche Auswahl
zu mässigen Preisen.

H. MAURER Kaiserstraße 176
Ecke Hirschstrasse.
Belehrende Schriften über das Harmonium und die Hausmusik kostenlos.



Karlsruhe-Mühlburg, Hardtstrasse, im Riffer.

Eröffnungs-Vorstellung
Samstag, den 17. April 1920, nachmittags 4 Uhr.

Tropenblut

Exotisches Drama in sechs Akten.
Kaiser Tiberius Lustspiel in zwei Akten.

Raucher dank!
ges. gesch., ermögl.
in einigen Tagen das
Rauchen ganz od. teil-
weise zu unterlassen.
Amlich begünstigt.
Wirkung verblüffend.
Vollständig unschäd-
lich. Täglich Anerk.
Ausfkt. ums. Institut
Engbrecht München
R. 99, Kapuzinerstr. 9, 688.

Colosseum

Sonntag, 18. bis 24. April
Der grosse Lachsclager
Moritz mit dem Fimmel!
Musikal. Schwank in 3 Akten.
Anfang 8 Uhr, Sonntags auch 4 Uhr.

Kragen
-Wäscherei
Schorpp

liefert schnellstens
Stärke-
Wäsche
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-
Wilhelmstr. 5,
Kaiserstr. 34 u. 243
Gerwigstrasse 46
Amalienstrasse 15
Waldstrasse 64
Wilhelmstrasse 83
Augustastrasse 18
Schillerstrasse 18
Kaiserallee 37
Gabelsbergerstr. 1
Rheinstrasse 18.
Durlach: 2017
Hauptstrasse 15.

Beginn eines Schreibkurses

Montag, 19. April, zwischen 5—9 Uhr
Spezial-Schreibschule F. Buck
Lessingstrasse 78. 2958

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe, Tel. 1546.
Frühjahrmäntel Mark 130 an
Jackenkleider in guten Stoffen Mark 150 an
Blaue Jackenkleider
mit Seidenfutter Mark 195 an
Jackenkleider aus reinwoll. Stoffen Mark 550 an
Seid. Jackenkleider Mark 275 an
Wasch- u. Voilekleider,
Kostümröcke Mark 42 an
Wasch-Blusen Mark 25 an
Etwas an-
getrübte la. Voileblusen zu billigen
Seiden- und Chiffon-Blusen.
— Keine Ladenspesen! — 2701

Maschinen-
schreiben

Stenographie
Schönschreiben
Rundschrift 2240
erzellt bei schneller und
gründlicher Ausbildung u.
mäßigen Preisen
Lehrer Strauß,
Kronenstr. 18, 3. Stod.
Tages- und Abendkurse.
Taschen-Uhren
wenn auch reparatur-
bedürftig, werden stets an-
gekauft in
Welintraubs 2294
Kf- und Verkaufsgeschäft
32 Kronenstrasse 62

Das Schwimmbad

im Rädt. Bierordbad ist ab
Montag, den 19. April wieder
täglich geöffnet.
Die Badezeiten sind wie früher:
Für Frauen und Mädchen: Vormittags 10—11
und nachmittags von 2 1/2—4 1/2 Uhr (Samstag
nachmittags nicht) sowie Freitag abend 6—7
Uhr zu ermäßigtem Preis.
Für Männer und Knaben: Vormittags 9—10 Uhr
und von 11—1 Uhr, nachmitt. 4 1/2—7 1/2 Uhr.
Freitag abends nur bis 6 Uhr, außerdem an
den Samstagen auch über die Mittagszeit.
Wittwoch und Samstag abends zu ermäßigtem
Preis. 970



Uhren-Reparaturen

werden pünktlich und billig
unter Garantie ausgeführt.
Uhren werden angekauft.
J. Klaus :: Uhrmacher ::
Apparaterstr. 20

Möbelhaus

Ausstellung:
Ecke Kaiser- u. Douglasstr.
Karlsruhe (Hauptpost.)
Besichtigung erbeten
Schlaf-, Herren-, Wohnzimmer
Küchen
Gut bürgerliche
Wohnungs-Einrichtungen
Einzelne Küchen- und Kleider-
schränke, Bettstellen, Wasch-
kommoden, Tische, Stühle, Flur-
Garderoben, Diwans etc.
Aufbewahrung gekaufter Möbel.
Hauptgeschäft:
Karlsruhe, Philippstr. 19
Strassenbahnhaltstelle
Gebr. Kappen 2985

Evangelischer Verein der Weststadt.

Familien-Abend

Sonntag, den 18. April, abends 7 1/2 Uhr, im
Gemeindehause, Blücherstr. 20, Vortrag des Herrn
Prof. W. Bittner über: „Neue Welten“ mit Licht-
bildern; musikalische u. delfamatorische Darbietungen.
Die Mitglieder und die Gemeinde sind freundlichst
eingeladen. 2975

Bekanntmachung.

Die Anhänger der im
Monat August der
1919 unter Nr.
9152 bis mit Nr. 12 2000
ausgestellten bzw. erneu-
erten Wahlzettel werden
hiermit aufgefordert, ihre
Wähler bis längstens 6.
Mai 1920 auszufüllen oder
die Scheine bis zu diesem
Zeitpunkt erneuern zu
lassen, widrigenfalls die
Wähler zur Verfeinerung
gebracht werden.
Karlsruhe, 15. April 1920,
Städt. Wahlleitstelle. 2976

Letztes Ligaspiel

in Karlsruhe
Sonntag, den 18. April 1920
nachmittags 3 Uhr
auf dem Sportplatz an der Honselstr.
zwischen 2980

F.-C. Mühlburg

General-Versammlung
ergerbeit ein Tagesord-
nung gemäß § 12 des
Satzungen. 2983

Naturheilverein

Karlsruhe e. C.
Wir laden hiermit unsere
Mitglieder noch-
mals zu der am Son-
ntag, den 18. April d. J.,
nachmittags 1/4 4 Uhr,
im Reform-Restaurant
Kirchen, Kaiserstr. 56 II,
stattfindenden
General-Versammlung
ergerbeit ein Tagesord-
nung gemäß § 12 des
Satzungen. 2983

Sp.-V. Freiburg

Saal Vier Jahreszeiten I
Morgen Sonntag, 18. April 1920, abends 8 Uhr
Lieder-Abend
CORY
NERA
Lieder von W. Gluck, G. B. Pergolese,
Schubert, Brahms, Reger.
Am Klavier: Jan Kuller. 2976
Der Flügel ist aus dem Lager des
Herrn L. Schweisgut.
Eintrittspreise Mk. 5.80, 4.60, 3.40, 2.25
einschl. Steuer in der Musikalienhand-
lung Fr. Doert, Kaiserstr. 159, Tel. 638.

Piano,

tadellos im Stand, schön
er Zon, sofort zu ver-
kaufen. Preis 6000 Mk.
Hoonstraße 12, Sauter-
rainwohnun. 2941

Für Modistinnen

Wegen Todesfall ist eine
Partie Damen-Hüte zum
Umfassieren und sonstige
Gebrauchs- Gegenstände
billig zu verkaufen.
Näheres Sachstr. 75
3. Stod. 2985

Frauenbaare

Aufolge großen Bedarf
zahlte stets die höchsten kon-
turrenzlosen Preise.
Oskar Decker
Haarhdlg., Kaiserstr. 32

Ernst Kratz

Kaiserstr. 199
Waldstr.
Ecke
Solinger
Stahlwaren

Herren-Hüte

in Filz, Stroh und Panama
word. tadellos
gewaschen u.
modernisiert.
K. Hort
Herrenstr. 15.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 3018
Geschirre-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Adenerstr. 34, im Hof. Telef. 1421

Musterschan von Erzeugnissen

badischer Handwerkskunst.
Landes-Gewerbehalle Karlsruhe,
Karl-Friedrichstraße 17. 2972
Dauer vom 18. bis 30. April.
Geöffnet: Sonntags von 11—1 und 2—4 Uhr,
Werktags von 11—1 und 2—5 Uhr.
— Besuch unentgeltlich. —
Den Verkauf und die Annahme von Bestellungen
bejorgt die Badische Handwerkskunst G. m. b. H.
Karlsruhe, Friedrichsplatz Nr. 4.

Tabak
Echte Bruyere-
Pfeifen
preiswert in großer Auswahl.
H. Meyle, Karlsruhe
Hauptgeschäft und Filialen. 2974

Grammophon-Platten
neueste Aufnahmen
Apparate von Mk. 290.— an
in grosser Auswahl
Offizielle Verkaufsstelle der
Deutschen Grammophon-A.G.
Kaiserstraße 176 — Eckhaus Hirschstraße. 2973